tag, 29. Januar 1924 — Abend-Ausgabe — Einzel-Nr. 10 Goldpfg. = 100 Mild. M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 49 — 53. Jahrgang

edakteur Theodor Wolff in Berlin. — Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

e Berliner Sachverständigenberatungen

hacht über den Plan der Goldnotenbank

rein geschäftliche Angelegenheit." — Die Gefahr einer politischen Einmischung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 29. Januar.

Schacht hat den Berliner Vertreter des „Echo de Paris" n; da Dr. Schacht erklärt hat, er werde vor der Ankunft verständigen nicht mehr die Zeit haben, mit einem anderen ten zu sprechen, seien seine Mitteilungen über die Beratungen wiedergegeben. Der Reichsbankpräsident der Aufnahme, die er in Paris gefunden hat, sehr . Er findet, daß die französische Presse ihm gegenüber sich rhalten habe. Ueber die Goldemissionsbank äußerte Schacht nach dem Bericht des Korrespondenten mit folgen- tein: **„Die Goldemissionsbank ist eine absolut iche Angelegenheit. Ich wünschte dringend, daß Politik in die Frage dieser Gründung nicht ein-** Die Schaffung einer Goldemissionsbank und die finanzielle g Deutschlands sind die Vorbedingungen für die ng der Reparationen. Wenn man mich so arbeiten ich es mir denke, dann könnte die neue Bank sehr bald werden. Wenn dagegen die Politik auf die lich geschäftlichen Fragen einwirken will, as neue Finanzinstitut vielleicht niemals e kommen. Die Verantwortung für die weiteren üßte ich ablehnen."

ranzösische Journalist fragte, ob Dr. Schacht eine Be- ung französischen Kapitals an der Gold- bank in Aussicht genommen habe. Die Antwort lautete: de eine französische Beteiligung für vorteil- alten, aber ich wiederhole: Die Politik wird in dieser heit keine Rolle spielen. Es handelt sich nur um schäft."

Korrespondent des „Echo de Paris" wünschte dann die An- Schachts über Poincaré kennen zu lernen. „Ich kpräsident den französischen Premierminister für einen treffer, wie es die meisten Deutschen tun, oder ist er der daß der Ministerpräsident nur die Interessen Frank- teidigt?"

chacht antwortete auf diese suggestive Frage: „Sie müssen gen, wenn ich nur unvollkommen antworten kann. Der präsident hat mich mit großer Höflichkeit empfangen. Ich e nicht erlauben, eine Ansicht über diesen Mann auszu- auf den heute die Augen der Welt gerichtet sind. Herr kann über mich sprechen, mit wem er will, aber ich muß rückhalten. Ich habe am Quai d'Orsay ebensowenig nderer Stelle über die Außenpolitik Frankreichs n. Ich bin ein Finanzmann, nichts anderes. Ich habe ett des Reiches lediglich eine beratende Stimme in aben, die mir zugewiesen sind."

chacht gab dann seine Ansicht über die verschiedenen tionspläne zu erkennen, die in den letzten Monaten besprochen worden sind. Ueber diesen Teil der Unter- wird nichts mitgeteilt. Am Schluß der Berichts vergleicht der e Journalist den neuen Reichsbankpräsidenten mit seinem r Havenstein. Havenstein sei ein düsterer Pessimist Er sah die Katastrophe herannahen, er beklagte sie, aber er ts, um ihr entgegenzutreten. Dr. Schacht sei bemerkens- enblich, ein klarer, energischer und willensstarker Geist, ann, der weiß, was er will".

rste Sachverständigenausschuß und einige Mitglieder des Ausschusses sind gestern abend von Paris ab- Eine Auskunft über die letzten Beratungen wurde abgelehnt. Dennoch bringt der „New York Herald" einige Mitteilungen über die Auffassung der Sachverständigen. Der „New York Herald" behauptet zu wissen, daß der Plan für eine Goldemissionsbank, wie sie die Sachverständigen für möglich halten, in den letzten Pariser Konferenzen fertiggestellt worden sei. Es fehlen angeblich nur noch unwesentliche Einzelheiten, die in Berlin vereinbart werden sollen. Die Sachverständigen hoffen, daß ihre Vorschläge angenommen werden, obwohl sie von den Gedanken Dr. Schachts sich in einigen Punkten unterscheiden. Ueber die Höhe der Kapitalsbeteiligung sei man einig, und in dieser Hinsicht habe das Projekt die Unterstützung der Sachverständigen. Der Unterschied zwischen der Auffassung des Ausschusses und der Meinung Dr. Schachts bestehe darin, daß der Reichsbankpräsident die Reichsbank noch weiter als offizielles deutsches Institut zu führen wünsche, während die Sachverständigen die neue Bank in keinen Zusammenhang mit der Reichsbank bringen wollen. Die weiteren Einzelheiten, welche der „New York Herald" mitteilt, lassen vermuten, daß der Plan der Sachverständigen auch noch in anderer Beziehung von den Absichten Dr. Schachts abweicht. Es wäre jedoch für die in Berlin beginnenden Beratungen nützlicher, wenn solche unbeglaubigte Kombinationen, die vielleicht nur provisorische Vorschläge einzelner Persönlichkeiten sind, so wenig wie möglich öffentlich diskutiert werden. Die Arbeit der Sachverständigen ist hier vorwärts gegangen, weil das Schweigeverbot des Generals Dawes von der Pariser Presse respektiert werden mußte. Auch über die angeblichen Pläne für die Verwertung der Reichseisenbahnen macht „New York Herald" einige Andeutungen. Die Eisenbahnen scheinen bei den Plänen für die Sanierung des deutschen Budgets eine große Rolle zu spielen. Auch darüber wird am besten in Berlin zu sprechen sein. Der erste Ausschuß hofft **in zwei Wochen mit den Berliner Untersuchungen fertig zu sein und will dann nach Paris zurückkehren, um den Bericht für die Reparationskommission auszuarbeiten.** Dieser Bericht soll in den ersten Tagen des Monats März ausgegeben werden.

Vor der Ankunft der Sachverständigen in Berlin.

Heute abend 9 Uhr 57 Minuten wird die erste Sachverständigenkommission unter General Dawes auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintreffen. Zur Begrüßung der Kommission wird sich der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission in Paris, Staatssekretär Fischer, auf dem Bahnhof einfinden. Ueberhaupt ist der Gegenpart bei den Besprechungen auf deutscher Seite in der Hauptsache die Kriegslastenkommission. Der Generalsekretär der Kommission ist bereits im Laufe des heutigen Vormittags in Berlin eingetroffen und hat mit den hiesigen zuständigen Stellen über die formellen Fragen der Zusammenarbeit Vereinbarungen getroffen.

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie tritt heute zu einer Sitzung zusammen, in der die Sachverständigenberatungen auf der Tagesordnung stehen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Kommission außer mit den amtlichen deutschen Stellen auch mit maßgebenden Vertretern der deutschen Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und den Banken Fühlung nehmen wird, um sich über die gegenwärtige Lage Deutschlands zu unterrichten. Es sind auch bereits bestimmte Vertreter der verschiedenen Wirtschaftskreise in Aussicht genommen, die bei den Besprechungen der einzelnen Organisation und Ständevertretern gehört werden sollen. Der zweite Sachverständigenausschuß unter MacKenna trifft morgen abend um die gleiche Zeit wie die erste Kommission in Berlin ein.

Die neuen Berliner Rheinlandbesprechungen.

Eine zeitgemäße Erinnerung. — Ihre Bedeutung und ihr Ziel. Der heutige Stand der Rheinlandfrage.

Von

Paul Steinborn.

Im März 1857, als in Paris Verhandlungen zur Beilegung eines zwischen Preußen und der Schweiz entstandenen und heute längst vergessenen Konflikts schwebten, nahm Napoleon III., der sich den Dank Preußens verdient zu haben glaubte, eines Tages den preußischen Gesandten beiseite und hielt ihm einen Vortrag über das Thema „Der Rhein, die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich." Es sei unrecht, sagte der Kaiser, ihn zu verdächtigen, daß er nach der Rheingrenze strebe, denn das linksrheinische Ufer mit seinen Millionen deutscher Einwohner würde Frankreich naturnotwendig dazu treiben, sich auch Luxemburg, Belgien und Holland einzuverleiben. Die so durch den Zuwachs vieler Millionen tätiger und wohlhabender Einwohner erzielte Verstärkung der Macht Frankreichs würde aber ein Gewinn sein, den das gegen Frankreich vereinigte Europa gewaltsam wieder rückgängig machen würde. Man würde sagen, Frankreichs Hand sei gegen jedermann und deshalb würde jedermanns Hand gegen Frankreich sein. — Was damals nur gesprächsweise als wahrscheinlich angenommen und — nicht geglaubt wurde, ist in einer Entwicklung von fast drei Menschenaltern Wirklichkeit geworden. Man sagt es heute in der ganzen Welt, daß Frankreichs Hand gegen jedermann ist, und deshalb ist jedermanns Hand gegen Frankreich. Oder vielmehr, um nicht zu übertreiben, jedermanns Hand macht eben die ersten Bewegungen, sich gegen Frankreich zu erheben.

Unter den vielen zurzeit zur Erörterung stehenden und an die Existenz des Reichs rührenden Fragen war das Rheinlandproblem in den letzten Wochen scheinbar etwas zurückgetreten, nachdem in direkten Verhandlungen zwischen den Regierungen des Reiches und Preußens mit den Vertretern der besetzten Gebiete die bekannte Verständigung dahin erzielt worden war, daß die finanzielle Unterstützung auch weiterhin geleistet werden würde. Seither hat man nur und gern gehört, daß der Sechzigerausschuß zweimal zusammengetreten ist, sich aber die Eigenschaften eines Vorparlamentes nicht beilegt, und man hat sehr ungern und allzuviel von den Bemühungen des Herrn Louis Hagen gelesen, die rheinisch-westfälische Goldnotenbank zustande zu bringen. Erst in den allerletzten Tagen trat die Rheinlandfrage plötzlich erneut in den Vordergrund. Die demokratische Reichstagsfraktion befaßte sich in Dresden auf ihrer Ferientagung mit ihr, dann das Zentrum und schließlich die Deutsche Volkspartei. Zu gleicher Zeit hatte die preußische Staatsregierung im Landtagsgebäude und im Staatsministerium erneute und sehr bedeutsame Besprechungen mit den Delegierten der besetzten Gebiete über den heutigen Stand der Dinge, und schließlich meldete eine offiziöse Notiz, daß das Reichskabinett mit dem preußischen Kabinett getagt habe, und daß dabei die völlige Einmütigkeit beider Regierungen in der Rhein- und Ruhrfrage festgestellt worden sei.

Man ist natürlich versucht, nach dem Grunde für all diese Dinge zu fragen, und deshalb sei ausdrücklich festgestellt, daß ein besonderer Anlaß aus der Lage im besetzten Gebiet selbst heraus nicht vorgelegen hat. Im Gegenteil, man kann den Anlaß viel eher darin suchen, daß an Rhein und Ruhr die Situation leider noch immer gänzlich unverändert ist. Aber darüber hinaus schien die ganze internationale Lage, wie sie sich Stunde darstellt, ein neues Hervortreten dringend zu empfehlen. Wir befinden uns gegenwärtig mitten in einer breiten Erörterung des Reparationsproblems. Dr. Schacht hat wichtige und erfolgversprechende Vorverhandlungen über die Gründung einer deutschen Zentralnotenbank geführt. In Berlin ist soeben der erste der beiden internationalen Sachverständigenausschüsse eingetroffen, und der andere soll ihm auf dem Fuße folgen. An ihren Arbeiten nimmt Amerika, vertreten durch eine seiner anerkanntesten Kapazitäten, hervorragenden Anteil. Die neue englische Regierung zeigt naturgemäß ein erhöhtes Interesse für die Herbeiführung einer grundsätzlichen Erörterung der Reparationsfrage. Die ganz ähnliche Einstellung Italiens hat Herr Mussolini wiederholt gekennzeichnet. Auf der anderen Seite legt Frankreich zwar Schleier um Schleier über seine Absichten und Pläne, aber deutlicher noch als anderswo sieht das deutsche Volk aus der kurzen Entfernung, die Berlin von Koblenz, Köln und Speyer trennt, daß diese Pläne unverrückbar dieselben bleiben.

Wenn wir uns nicht irren, sind deshalb die erwähnten neuen Berliner Beratungen über die Rhein- und Ruhrfrage in ganz bestimmter Absicht abgehalten worden. Die Reparationsfrage ist heute infolge Frankreichs Haltung identisch mit der Rheinlandfrage. Diese ist, wie erwähnt, nach der finanziellen Präliminarregelung in der letzten Zeit in der deutschen Oeffentlichkeit weniger als früher erörtert worden. Daraus konnte möglicherweise für das Ausland der falsche Eindruck entstehen, als ob man ihr in Deutschland neuerdings überhaupt weniger Bedeutung zumesse und darüber gegebenenfalls mit sich handeln lassen würde. Die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung haben es deshalb für nötig gehalten, einer solchen irrigen Annahme gerade im jetzigen Augenblick erneut mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und den alliierten Regierungen das Ergebnis der erneuten Verhandlungen zur Kenntnis zu bringen. Es dient der Klarstellung nach drei Richtungen: die

ssolinis Aufruf für den Wahlkampf.

Die Heerschau der Fascisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 29. Januar.

er Hauptversammlung der nationalen Fascisten- im Palazzo Venezia, an der 7 Minister, 10 Unter- täre, 22 Senatoren, 50 Abgeordnete und zahlreiche andere teilnahmen, hielt Mussolini eine von leichaften gleitete Ansprache. Er entwarf ein Bild von dem Sieges- Partei, die heute weit mehr als eine Partei und jeden bereit sei, ihr Leben für das Vaterland hinzugeben. wandte sich dann in scharfer Weise gegen seine Gegner, gehässiger Mittel bedienten, um die Regierung zu ren. Wenn die Opposition heute rufe, die fascistische müsse abgeschafft werden, was besonders die Losung lari" sei, so erwidere er, wer die Miliz anrühre, stoße auf her Beifall). „Wir sind," fuhr Mussolini fort, „nicht nur rung sondern die Träger einer neuen Zivilisation." wies dann auf die unblutige Art hin, in der der Fascis- des Staates bemächtigt habe, nicht um ihn auszunutzen, u regenerieren und seiner wahren Bestimmung zuzuführen. n Wahlen kämen eigentlich nur als Gegner die Ver- äußersten Linken in Betracht, die jetzt ein „Schutthaufen" ie „Popolari", deren Führer Don Sturzo endlich die geworfen habe. Pflicht der Fascisten müsse es im übrigen ahlen sein, strenge Disziplin zu bewahren und die „Wahl- u respektieren". Der Fascismus trage heute Welt- er. Der Sozialismus habe sich als völlig unhistorisch tbar erwiesen. Ein Volk nach dem andern kehre ihm den Rußland beginne wieder kapitalistisch zu werden. In land habe das letzte sozialistische Experi- or allem in Sachsen, widerstandslos ein lächer- ende gefunden, und in England „dürfe der Sozialismus nichts von MacDonald erwarten", wenigstens nicht in außenpolitischer Beziehung, wie sich aus dem Telegramm an die indischen Insurgenten schließen lasse. Mussolini erklärte dann mit Energie, er wolle und werde am Staatsruder bleiben, was für ihn wahrlich keine Sinekure, sondern ein schweres Opfer im Dienste des Vaterlandes bedeute. Er bleibe dem Fascismus treu. Wer gegen den Fascismus sei, sagte er, mit einer Spitze gegen die fascistischen Dissidenten, sei auch gegen ihn. Mussolini schloß mit den Worten: „Ich schwöre, wir Fascisten sind bereit, wenn es sein muß, nicht allein zu sterben, sondern auch zu töten."

Während seiner ganzen Rede war der phantastisch beleuchtete alte Palast von Zehntausenden seiner Anhänger umwogt, deren laute Hochrufe auf Mussolini und deren fascistische Gesänge durch die dicken Burgmauern hindurch bis in den Saal hinaufdrangen und die Worte Mussolinis beinahe übertönten.

Das trauernde Moskau.

Nach der Beisetzung Lenins.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Moskau, 28. Januar.

Die Beisetzung Lenins, über die bereits kurz berichtet wurde, fand am Sonntag um 4 Uhr nachmittags statt, unter Beteiligung der gesamten Moskauer Garnison und einer nach Hunderttausenden zählenden Volksmenge. **Bis in die späten Nachtstunden hinein defilierten die Menschenmassen bei 34 Grad Kälte an der Gruft vorüber.** Der Sarg steht in dem provisorisch hergerichteten Mausoleum. Der Oberteil des Sarges ist mit einer Glasplatte versehen, so daß der Tote vollkommen sichtbar ist. Auch heute, am Montag, sind in Moskau sämtliche Gestäste geschlossen; von sämtlichen Häusern wehen Trauerfahnen, die Stadt ruht noch in tiefer, feierlicher Stille.

deutsche Bevölkerung an Rhein und Ruhr hält fest zum Reich, die Franzosen, mit Herrn Tirard an der Spitze, setzen nach wie vor ihre Hoffnung auf ihre mit Zähigkeit und zielbewußter Berechnung fortgesetzte Zermürbungs- und Spaltungstaktik, und drittens: die Regierungen des Reichs und Preußens lehnen jede Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses der besetzten Gebiete zum übrigen Deutschland noch entschiedener als bisher ab. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Deutschland jemals gewillt sein könnte, diesen oder auch nur einen ähnlichen Preis für die endgültige Regelung der Reparationsfrage zu gewähren.

Dies gerade jetzt vor aller Welt noch einmal mit größter Zahlendeutlichkeit festzustellen, war ohne Frage einer der wesentlichsten, wenn nicht der einzige Grund der jüngsten Verhandlungen.

An Einzelheiten sei zur näheren Beleuchtung des augenblicklichen Standes der Dinge daraus folgendes mitgeteilt. Das besetzte Gebiet hat Ungeheuerliches unter der Fremdherrschaft zu dulden, der es dennoch in vorbildlicher Geschlossenheit entgegentritt. Herr Tirard verfolgt seine Ziele mit immer neuen und drückenderen Mitteln. Die Zusage, nach dem Abbruch des passiven Widerstandes Milderungen eintreten zu lassen, ist nicht nur nicht erfüllt worden, sondern es lassen sich im Gegenteil Zeichen dafür erkennen, daß die Franzosen sich mehr denn je für die Dauer einrichten. Sie fordern Kasernenbauten, deren Millionenkosten über das Leistungsvermögen der Gemeinden weit hinausgehen, und anstatt Truppen abzubefördern, wird eine Umgruppierung und Massierung auf bestimmte Linien dergestalt vorgenommen, daß nach der Feststellung eines Gemeindevertreters stellenweise auf jeden dritten deutschen Zivilisten ein französischer Soldat kommt. Die Franzosen arbeiten weiter mit der Behauptung, daß der passive Widerstand noch nicht aufgehört habe. Beweis dafür sei z. B., daß wir die Durchführung der Micumverträge sabotieren und die Kasernen nicht bauen. Auch der Separatismus ist noch immer die Hoffnung Tirards, obgleich den höchstens fünf Prozent der rheinischen Bevölkerung betragenden Separatisten die kompakte Masse der reichstreuen Rheindeutschen gegenübersteht. Man entfinnt sich noch, wie kühl Herr Tirard seinerzeit den Plan eines selbständigen Bundesstaates außerhalb des Verbandes des Reiches mit der abschließenden Bemerkung abtat: das Vorgetragene habe ihn sehr interessiert und seine Tür stehe für greifbarere Vorschläge offen. Heute, wo die Situation dank der Unerschütterlichkeit der deutschen Abwehrfront sich doch schon geändert hat, wäre er auch mit einem deutschen Bundesstaat in enger Verbindung mit dem Reiche einverstanden. Aber auch diese Lösung haben die Reichsregierung wie die preußische Regierung und die Vertreter der besetzten Gebiete als untragbar bezeichnet. Denn sie waren und sind sich einig in der Auffassung, daß die Zustimmung Frankreichs dazu nur der erste Schritt zu einer „friedlichen Durchdringung" bedeuten würde, deren Ziel die systematische Verwelschung wäre.

Und deshalb ging ein letztes Ergebnis der Berliner Besprechungen dahin, daß in Zukunft noch mehr als bisher bei allen Verhandlungen mit den Franzosen alles Staatsrechtliche auszuschalten ist und daß im besonderen auch die rheinischen Wirtschaftler, deren Lage zweifellos ernst ist, auf politischem Gebiet äußerste Zurückhaltung zu üben haben. Denn auch sie werden nicht verkennen, daß das Reich und Preußen in finanzieller und steuerlicher Hinsicht über Erwarten hinaus getan und geleistet haben. Auch die Stabilisierung durch die Rentenmark hat eine wesentliche Erleichterung geschaffen. Wenn die Frage des Notgeldes noch nicht gelöst ist, so liegt auch das allein an den Franzosen. Aber auch hier wird die Besserung erfolgen, sobald mit der Zentralnotenbank des Reichs die Hagensche Goldnotenbank überflüssig und die deutsche Währungsfrage endgültig bereinigt ist. Fügen wir nun noch hinzu, daß in letzter Zeit erfreulicherweise auch die Arbeitslosenfrage an Schärfe verloren hat, so ergibt sich alles in allem ein erstes Gesamtresultat der beim Amtsantritt des Kabinetts Marx neu bestätigten Zusammenarbeit mit den bedrohten Gebieten, das den gekennzeichneten jüngsten Verhandlungen zwischen den Regierungen des Reichs und Preußens mit den Vertretern von Rhein und Ruhr doppeltes Gewicht verleiht und sie indirekt zu einem gewichtigen Posten auch in der Rechnung macht, die jetzt die Sachverständigen in Berlin aufstellen wollen.

Napoleon III. machte jenem preußischen Gesandten das erwähnte Exposé, weil er Preußens Neutralität in dem in Aussicht genommenen Kriege mit Italien haben wollte. Er denke nicht daran, versicherte er bieder, das Mittelmeer grade zu einem französischen See zu machen, „mais à peu près". Der Gesandte, er hieß Otto v. Bismarck, hatte aber das Gefühl, daß sein kaiserlicher Gesprächspartner es mit dem „à peu près" nicht ganz aufrichtig meinte. Herr Tirard würde heute sicherlich noch viel biederer bestreiten, daß er die Rheinlande zu einer französischen Kolonie machen wolle, und erst recht würde er das augenzwinkernde „à peu près" unterdrücken. Aber auch er würde dabei nicht ganz aufrichtig sein. Denn es ist ja eben das Signum der heutigen Lage in Europa, daß das Frankreich von 1924 jene Erweiterung seiner Macht bereitet, die das Frankreich von 1857 als für sich und die Welt verhängnisvoll, wenn auch nur zum Schein, von sich wies.

Die Pfalzfrage vor der Botschafterkonferenz.

Die Vollmachten der Rheinlandkommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 29. Januar.

Es wird bestätigt, daß Poincaré und Jaspar beschlossen haben, die Frage der pfälzischen Landesverwaltung vor die Botschafterkonferenz zu bringen. Die beiden Regierungen verzichten darauf, die sogenannte autonome Regierung direkt oder indirekt durch die Rheinlandkommission anerkennen zu lassen und die Verordnungen, deren Registrierung verlangt wurde, erhalten somit keine offizielle Bestätigung. Aber Frankreich und Belgien wollen nicht dulden, daß die ausgewiesenen Bürgermeister und Beamten zurückkehren, so daß die Pfalz ohne innere Organisation bleiben muß, bis ein fester Zustand geschaffen worden ist.

Paris, 29. Januar. (W. T. B.)

Havas berichtet offiziös, in diplomatischen Kreisen werde darauf hingewiesen, daß von einem Schiedsspruch in der pfälzischen Frage nicht die Rede sein könne. Es bestehe keineswegs ein Gegensatz zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt, was die Anerkennung der separatistischen Regierung anbelange. In Paris wie in London sei man die Ansicht, daß die Rheinlandkommission über die Anerkennung nicht zu entscheiden habe. Es handele sich in Wirklichkeit darum, ob die Rheinlandkommission die separatistischen Verordnungen bestätigen könne, ohne ihre Kompetenz zu überschreiten. Die französische Regierung habe gefunden, daß zweckmäßiger Weise darüber die Botschafterkonferenz zu Rate gezogen werde, um zu bestimmen, wie weit die Zuständigkeit der Rheinlandkommission hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Truppen usw. gehe. Die französische Regierung habe dementsprechend der Londoner Regierung vorgeschlagen, daß die Frage der Vollmachten der Rheinlandkommission in gegenseitigem Einvernehmen der Botschafterkonferenz unterbreitet werde, die die Kommission ermächtigen könnte, in eigener Verantwortung diejenigen von den separatistischen Verordnungen, die die öffentliche Ordnung und die Sicherheit berührten sowie die, die die Arbeitslosenunterstützung betrafen, zu veröffentlichen.

Beilegung des englischen Eisenbahnerstreiks.

London, 29. Januar. (W. T. B.)

Der Eisenbahnerstreik ist beigelegt.

*

Der Streik der englischen Eisenbahner, der zeitlich fast genau mit der Berufung des Kabinetts Mac Donald zusammenfiel, ist zwar niemals vollständig gewesen, aber der Augenblick war denkbar ungeschickt gewählt, denn er war Wasser auf die Mühle der Feinde einer Arbeiterregierung und ist auch dementsprechend ausgenutzt worden. Die Regierung hat sich von vornherein bemüht, zu vermitteln, daß der Streik, der dazu angetan war, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von den großen Fragen der Außenpolitik abzulenken, ist deshalb auch von uns zu begrüßen. Der sachliche Schaden ist nicht übermäßig groß geworden, denn es war gelungen, den Verkehr bis zu einem gewissen Grade aufrechtzuerhalten.

Das polnische Sanierungsprogramm.

Warschau, 29. Januar. (W. T. B.)

Der Ministerrat hat zwecks Entsaltung der staatlichen Kreditaktion und der Vermittelungstätigkeit der staatlichen und vom Staate subventionierten Kreditinstitute die Berufung eines außerordentlichen Komitees für allgemeine Sparsamkeit und öffentliche Kredite beim Finanzministerium beschlossen, die in den Bereich seines Wirkungskreises falle:

1. Ausarbeitung von Anträgen betreffend Emission von lang- und kurzfristigen Staatsanleihen, die Konvertierung und Konsolidierung bereits emittierter Staatsanleihen und Verpflichtungen, die Schaffung von Grundlagen und Bedingungen der staatlichen und vom Staate subventionierten Institute und Reorganisation bzw. Vereinigung dieser Institute.

2. Die Leitung des Verkaufes der emittierten Anleihen.

3. Die Kontrolle über die Tätigkeit der staatlichen und vom Staate subventionierten Kreditinstitute durch besondere Staatsdelegierte.

4. Die Entwicklung des Sparsamkeitssinnes in der Bevölkerung und Propagierung von Kapitalsanlagen in Staatspapieren. Der außerordentliche Kommissar kann zur Mitwirkung gesellschaftliche Faktoren heranziehen.

Die Agonie des Separatismus.

Die Flucht aus dem sinkenden Schiff.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Darmstadt, 29. Januar. (Mtb.)

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Separatismus im besetzten hessischen Gebiet im Erlöschen begriffen ist. In dem unsern Darmstadt gelegenen Dorf Achillingen, das ganz besonders unter der Separatistenherrschaft zu leiden hatte, haben die Sonderbündler am Freitag sang- und klanglos das Rathaus geräumt, offenbar auf höheren Befehl. Die Bürgermeister der Landkreise sind zusammengetreten und haben beschlossen, alle Anforderungen des separatistischen Kreiskommissars abzulehnen. Sie erklärten, daß sie das mit ihrem Treueid nicht vereinbaren können. Der separatistische Kommissar Dr. Roth hat seinen Posten ebenfalls verlassen.

Keine rheinische Goldnotenbank.

Geheimrat Hagen stellt seine Bemühungen ein.

Die Nachricht, daß die rheinische Goldnotenbank nicht zustande kommen werde, ist, wie wir erfahren, zutreffend. Doch sind die Ursachen dieser Planänderung nicht nur in den Erfolgen des Reichsbankpräsidenten und der bevorstehenden Gründung der Reichsgoldnotenbank zu suchen. Der Präsident der Kölner Handelskammer, Louis Hagen, hat vielmehr von sich aus auf Gründung der Bank verzichtet, und zwar deshalb, weil die vorgesehene prozentuale Beteiligung Frankreichs unter den veränderten Geldverhältnissen nicht mehr zu erlangen war. Im übrigen werden die von anderer Seite bisher über die Reichsgoldnotenbank veröffentlichten Einzelheiten an unterrichteter Stelle als verfrüht bezeichnet.

Ein neuer nationalsozialistischer Attentatsplan.

Der Sekretär des Prinzen Max von Baden.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 29. Januar.

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß auf die Umgebung des Prinzen Max von Baden ein Attentat geplant sei. Die „Münchener Post" berichtet dazu folgende Einzelheiten: Prinz Max von Baden hatte schon seit seiner Reichskanzlerschaft einen angeblich jüdischen Privatsekretär namens Dr. Hahn. Die nationalsozialistischen Kreise in München interessierten sich für diesen Herrn. Anfang Dezember 1923 trieben sich unfern des prinzlichen Schlosses Salem am Bodensee ein angeblicher Ingenieur Holl, ein angeblicher Telegraphenarbeiter Paul Simons und der Student Weissfurtner, alle drei aus München, umher. Bei Anhängern der Münchener Nationalsozialisten suchten sie Helfer, um Dr. Hahn tot oder lebendig nach München zu bringen. Einige der Angeworbenen scheuten indes die Tat. Die Vorbereitungen wurden überwacht, und es konnten drei Rädelsführer festgenommen werden. Sie sind noch in Haft.

Höfe.

Von [Nachdruck verboten.]

Rudolf Brook.

Ich bin ein Mensch, der hart arbeiten muß. Wenn ich den Hof zum erstenmal am Tage sehe, ist er noch fast schwarz. Es ist noch sehr früh, der Himmel ist tief grau und die Fenster sind beschlagen. Während ich mich anziehe wird hier und da ein Fenster hell. Die Mädchen recken sich schlaftrunken in den Küchen der Vorderwohnungen und machen Feuer für das Frühstück oder für die Abwaschwasser an. Die Schlafzimmer der reichen Leute vor vorn sind noch dunkel, sie sind es auch noch, wenn ich zur Arbeit gehe. Die Mädchen machen träge Bewegungen, manche haben die Haare nur lose und flüchtig aufgesteckt und hantieren mit bloßen Armen. Am Fenster steht oft noch schmutziges Geschirr vom Abend; manchmal stehen auch Wein- und Likörflaschen da. Während ich mein Frühstück esse, sehe ich die Mädchen mißmutig das Geschirr zusammenräumen und in die Abwaschwanne tun. Einige ziehen sich fertig an. Der Himmel ist langsam hellgrau geworden. Ich stecke meine Brote in die Tasche und gehe die Treppe hinab. Sie sind noch ganz dunkel und sehr kalt, und dann muß ich den Hof durchqueren. Er ist tot, grau, kalt, trostlos. Es ist etwas unheimlich, und ich muß an die Szene des großen Grauen in „Peer Gynt" denken. Der Hof ist zeitlos, ich habe das Gefühl, daß niemand hören würde, wenn ich plötzlich laut schrie.

Wenn ich zu meiner Arbeitsstätte gelangt bin, sehe ich auf einen Hof. Er ist sehr sauber und groß, er ist wie geölt. Die Wände sind mit glasierten, hellen Ziegeln bedeckt, die ganz kühl, ganz abweisend sind. Sie haben ganz das Gesicht dieses Hauses, in dem gearbeitet wird. Ohne Lust. Für Geld. Für Essen, Schlafen und hin und wieder ein paar Stiefel. Viele große, blanke Fenster laufen um den Hof, ganz gleichmäßig, blauschwarze Quadrate, an denen ab und zu ein Kopf auftaucht. Ich sitze im zweiten Stock und höre, während ich schreibe, die Chauffeure die Autos in der Garage putzen und fertig machen. Sie fahren eines nach dem anderen auf die Straße. Jedes von ihnen stößt vorher einen Schrei aus. Scharf, hochmütig, ich bin da, ich bin das Geld, ich bin die Macht. Dann ist es still, den ganzen Tag. Am Mittag, wenn wir eine halbe Stunde essen dürfen, zeigen sich einige an den Fenstern. Wir kennen jeder des anderen Gesicht, aber wir sehen gleichgültig aneinander vorüber. Wir sind Im- und Export, und dort drüben ist eine Kinogesellschaft und unten ist eine Ledergroßhandlung. Wir denken verschieden, wir verstehen uns nicht. Manchmal kommt ein Mann mit einem Leierkasten auf den Hof. Es ist immer derselbe, und er spielt immer dieselben Tänze. Mitten drin ein sentimentales Lied, das er mitsingt. Die Chefs haben das nicht gern, es lenkt von der Arbeit ab, es fährt in die Beine. Man addiert falsch. Gegen abend, wenn es schon wieder dunkel wird, gehen wir alle über den Hof nach Hause. Wir sind müde, schmutzig und wir sehen kaum den Hof an.

Wenn ich nach Hause komme, ist mein Hof schon wieder ganz dunkel. Aber jetzt sind die meisten Fenster erleuchtet, sie bilden eine leuchtende Kette um das Rechteck. Die Vorhänge sind herabgelassen, nur die Küchen kann man sehen. Sie haben nur dünne Gazeschleier. Die Mädchen waschen wie am Morgen ab oder hantieren am Herd. Ich setze mich hungrig an den Tisch und verzehre mein Abendbrot. Gewöhnlich werde ich rasch danach müde; ich möchte lesen, aber die Augen haben zuviele Zahlen am Tage lesen müssen. Es geht nicht. Ich stehe noch ein Weilchen am Fenster und sehe auf den Hof hinab. In der leuchtenden Kette ist immer Bewegung. Fenster werden dunkel und wieder hell, andere leuchten auf, dann erlöschen sie nach und nach, und nur ein paar bleiben noch lange hell. Ich lege mich ins Bett, und im Einschlafen denke ich, wie wohl der Hof am Tage aussehen mag. Ob die Mädchen einmal lachen, ob sie immer abwaschen? Wenn wohl die Leute im Vorderhaus aufstehen? Und dann schlafe ich ein.

Z. Professor Ludwig v. Pastors 70. Geburtstag. Geheimer Rat Ludwig v. Pastor, der Geschichtsschreiber der Päpste, vollendet am 31. Januar sein 70. Lebensjahr. Der Gelehrte, der sich unter den katholischen Historikern der Gegenwart und darüber hinaus eines bedeutenden Rufes erfreut, vertritt zugleich seit der Umwälzung seine österreichische Wahlheimat als Geschäftsträger, jetzt als Gesandter und bevollmächtigter Minister am Vatikan. Pastor ist Rheinländer von Geburt. Er war ursprünglich Ordinarius für Geschichte in Innsbruck und wurde 1901 als Direktor des österreichischen historischen Instituts nach Rom gerufen, und diesen Posten bekleidet er neben seinem diplomatischen auch heute. Vor allem aber lebt er in Rom seiner großen Aufgabe, der Weiterführung seiner „Geschichte der Päpste seit dem Ausgange des Mittelalters". Sie hält augenblicklich bei dem 9. Bande, bis Gregor XIII. geführt, doch hat der Gelehrte auch den 10. Band, bis Innozenz XI., schon abgeschlossen. Pastors Meisterwerk liegt auch in Uebersetzungen in die Hauptkultursprachen vor. Es ist eine zum ersten Male auf Grund der ersten Quellen bearbeitete Darstellung der römischen Politik und der vatikanischen Köpfe im 15. und 16. Jahrhundert, so reich in der Charakteristik, so künstlerisch in den Mitteln, daß nur wenige neuere Geschichtswerke sich dem vergleichen können.

Werklehre und Kunstlehre.

Zur Reform des Kunstunterrichts.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Stahl.

In der Frage des Kunstunterrichts gibt es — ein seltener Fall in der verworrenen Zeit — eine gewisse Uebereinstimmung aller in den Grundsätzen. Man ist gleich hier, daß die Trennung zwischen Kunst und Handwerk, das Unglück des 19. Jahrhunderts, Unglück für die Kunst und für das Handwerk, aufgehoben werden muß, und daß auch für den Künstler am Anfang eine Werklehre stehen soll. Das ist erfreulich, und bedauerlich ist nur, daß man uns zwanzig Jahre diese Notwendigkeit hat predigen lassen, bevor man sie anerkannte.

Leider gibt es nun gleich wieder Menschen, die eine richtige sachliche Durchführung der Idee dadurch verhindern, daß sie radikale Schlagworte in die Welt schleudern. Es ist oft wohl Verdruß darüber, die Wahrheit nicht früher erkannt zu haben, der zu solchen Uebertreibungen führt. Man ist nicht Vorläufer gewesen, so wird man Vorausläufer. Das Schlagwort in diesem Falle heißt: „Fort mit den Akademien! Es leben — nur! — die Kunstgewerbeschulen!" Eine solche mehr simple als einfache Lösung ist gar keine.

Zunächst: Es gibt schon verschiedene Kunstgewerbeschulen. Manche sind nur schwächere Nachahmungen einer Akademie, denn Maler und Bildhauer, in Ueberzahl an diese Schulen berufen, wußten und wissen oft nichts Besseres zu tun, als so zu lehren, wie sie selbst gelehrt worden sind, also eben akademisch. Es werden dieselben ewigen Kopf- und Aktstudien gezeichnet und gemalt, und die Verfertiger stehen nach ein paar Jahren dieser ganz einseitigen Uebung natürlich dumpf und ratlos da.

Zweitens: Die Kunst der letzten Jahre hat ganz deutlich gezeigt, was auch den begabtesten Kunstgewerblern fehlt. Was man nämlich mit hochklingenden Fremdwörtern bezeichnete, war im Grunde nichts anderes als der Einbruch von Kunstgewerblern in die Kunst. Sie brachten eine bessere Technik, eine freiere Arbeit mit als die auf pedantische Naturtreue dressierten Akademiker. Sie konnten Bilder malen, die obenhin nach allerlei aussahen, sogar manchmal nach Wandbildern. Sie konnten eine virtuose Pinselschlenkerei spielen lassen. Und sie haben ja mit diesen Künsten fast alle getäuscht. Aber gerade jetzt ist diese Täuschung offenbar geworden. Die Abkunft ist unbestreitbar bankerott. Und ihre besten Leute fangen noch einmal von vorne an. Womit? Mit dem Studium der Natur, mit dem Ernstnehmen des Inhalts. Also mit dem, wozu die Akademie —

Für ein besseres Wahlrecht.

Reichstagsbeschluß oder Volksentscheid?

der demokratischen „Berliner Volks-Zeitung" weist bgeordnete Otto Nuschke mit aller Schärfe die el des jetzigen Wahlrechts nach. Er führt unter anderem

Es kennt nicht die politisch belebende Einrichtung der Nach- hlen, die zudem als Barometer der Volksstimmung für parlamentarisch regierte Land von ernstester Bedeutung Die feste Liste führt zur völligen Erstarrung des Partei- is. Sie ist ein Widerspruch zu dem von der Verfassung ge- erten direkten Wahlrecht. Der Abgeordnete wird heute t direkt vom Wähler gewählt, sondern von der Funktionär- renz placiert. Die Art seiner Placierung ist für seine l entscheidend. Der Wähler hat auf sie keinen Einfluß . Er wählt nur die Liste. Noch schwerer sind die ssungsmäßigen Bedenken gegen die sogenannte Reichs- e. Sie wird gewöhnlich nur von den engeren eiworständen aufgestellt. Und wenn der volks- tliche Wähler in Hinterpommern des Glaubens er wähle mit dem volksparteilichen Stimm- seinen Beamtenkandidaten, so war das ein Irrtum. den Reststimmen wurde die Reichsliste der Deutschen Volks- i bedacht, an deren sicherster Stelle Herr Hugo Stinnes . In England hat der Wähler die Möglichkeit, auch Minister ein Mißtrauensvotum auszustellen. Kein in der unterlegener Minister kann im Kabinett bleiben, wenn er in einer Nachwahl ein Mandat erhält. Das ist eine gute ratische Einrichtung, die die Minister zum steten Fühlung- n mit den Wählern nötigt. Bei uns sieht der Minister auf Reichsliste, oder er wird Spitzenkandidat, seine Wahl ist der erstimmung entzogen. Hat er schlecht gewirtschaftet, dann t die Wählerschaft das den weiteren Listenkandidaten, die hnlich weniger ein Stein des Anstoßes sind. Das gegen- ge Wahlrecht ist steril, verfassungswidrig und im eigentlichen e undemokratisch."

chke denkt sich die Struktur des Wahlrechts so, daß ahlkreise mit 400 Abgeordneten geschaffen werden.

ede Partei erhält genau den gleichen Anteil an der Ab- netenziffer, den ihr Anteil an den im ganzen Reiche für sie ebenen Wahlstimmen darstellt. Zunächst gewählt wären die bestimmten Kandidaten in jedem Wahlkreis (wie es im enge- n Wahlrecht üblich ist) und danach würden die Kandidaten lt sein, die prozentual den besten Erfolg für ihre Partei weisen haben. Ein so gestaltetes Wahlrecht entspräche am en den verfassungsmäßigen Erfordernissen, es würde gleich- den Abgeordneten wieder in enge Fühlung mit den Wählern en, und bei dieser Struktur wären federzeit wieder Nach- n möglich, bei denen wahrscheinlich die Regierungsparteien vornherein geschlossen vorgehen würden."

verlangt schließlich den Volksentscheid, falls der ag die Reform nicht selbst durchführt. Denselben Auf gestern abend die „Germania". Das führende Zen- rgan erklärt die „Aenderung des jetzigen Systems der hablone und einer blutleeren und lebensfremden Wahl- it" für eine Grundsatzfrage. Sie fordert die Regie- auf, den Entwurf schleunigst dem Reichstag vor- und bemerkt: „Dieser wird dann sicher eine Gelegen- halten, noch kurz vor seinem Abschied dem deutschen einen unschätzbaren Dienst zu leisten."

Aerzte und Krankenkassen.

Angebot der Aerzte.

wir soeben erfahren, haben die Berliner Krankenkassen nachmittag dem Oberbürgermeister gegenüber sich bereit die Dienste der bisherigen Kassenärzte auf der Grund- s alten Vertrages bis zum Abschluß neuer äge wieder anzunehmen. Zum Zwecke der Aus- über die von den Krankenkassen an diese Bereitwilligkeit ge- Bedingungen hat das Versicherungsamt der Stadt Berlin ung zu Donnerstag vormittag 11 Uhr anberaumt.

chspostminister **Hölle** hatte, wie schon kurz gemeldet, in den agen in München und Stuttgart Besprechungen, die Frage des Reichspostfinanzgesetzes zusammen- Die Verhandlungen drehten sich besonders um gewisse zielle Forderungen, die Württemberg und Bayern Staatsvertrag von 1920 noch zukommen. Die Besprechungen n allgemeinen zu einem Einverständnis geführt, doch s Ergebnis der Verhandlungen im einzelnen noch von dem Schicksal des Postfinanzgesetzes ab.

e Akademie! — ihre Schüler erziehen soll, und wozu selbst guten doch viele erzogen haben.

Sinn der Bewegung, wie wir, ihre ersten Wortführer, sie en haben, war dieser: vor die Hochschule die Fachschule zu ie das auf allen anderen Gebieten schon geschehen ist. Es Verkehrung des Sinns in Unsinn, wenn man die Fachschule oft Mängel hat, einfach beseitigen will.

mehr, um den erkannten Zweck zu erreichen, folgendes : Wir können bei der Aufstellung der Forderungen zunächst en der Anstalten, die nur die Frage verwirren, ganz außer en:

muß an vielen Stellen Klassen, oder besser noch Stätten für e geben, die, wie das am Bauhaus geschieht, Lehrlinge zu und Meistern erziehen. Dabei ist durchaus nicht nötig, all alle Handwerke gelehrt werden. Im Gegenteil: Anschluß mnte Industrien, die örtliche Tradition haben, ist vorzu- Solche Anstalten bestehen ja schon, wie zum Beispiel im nten Bunzlau die sehr gute Fachschule für Keramik. Hier s sich nur darum, besonders wertvolle Meister heranzusehen. s noch nicht geschehen ist.

olchen Anstalten gehört natürlich auch eine Zeichenklasse. r Kunsthandwerker braucht keine Porträts und Akte zu die ihn nur verwirren und den Stil seiner Arbeit durch rochten Realismus verderben. Was er braucht, ist Nach- musterhafter Stücke und Ornamente und Training der Hand genaue Form.

die jungen Leute, die zur Kunst wollen, ist neben und nach lehre ein Studium der Natur durchaus unentbehrlich. Das e nicht bloß Studium nach dem Modell im Atelier sein, wie Akademien bis zur Erschöpfung treiben. Er muß daneben auf der Straße, in der Werkstatt, auf dem Sportplatz, rall Form und Bewegung der Menschen, er muß alle Dinge, die Landschaft scharf ansehen, die ganze Welt der Erschei- wissermaßen auswendig lernen. Und er darf dabei niemals , von dem jeweiligen Standpunkt seines Könnens aus eigene schaffen oder wenigstens zu entwerfen. Dazu und zu allem hern bedarf es einer Kunstlehre, die mit der Werklehre nichts hat, und die von einer ganz anderen Art von Lehrern, nur von Künstlern, nicht von Kunstgewerblern, zu erteilen ist. iese Lehre krankt es weit weniger Stellen zu geben als für lehre.

hlich muß der junge Künstler auch noch in Verbindung mit leister arbeiten, bevor er selbständig wird. Das kann aber weniger Stellen geschehen.

Preissenkung und Lohnabbau.

Eine statistische Untersuchung.

Friedenslohn und heutiger Lohn.

Von [Nachdruck verboten.]

Regierungsbaumeister a. D. **Bolz** (Charlottenburg).

Die nachstehenden Ausführungen, die den Standpunkt der Arbeitgeber darlegen, werden angesichts der heute beginnenden Lohnverhandlungen als Material von Interesse sein. Die Redaktion.

An der Reichsindexziffer gemessen hat die rapide Steigerung der Preise auf dem Lebensmittelmarkt uns im Laufe des Vorjahres im November auf den Höchststand der Teuerung gegenüber den Friedenspreisen gebracht. (Ich will hierbei in die Polemik über den absoluten Wert des Reichsindex nicht eingreifen, sondern ihn nur als Verhältniszahl betrachten.) Der steigenden Teuerung, von der rückwärts betrachtet der Reichsindex ein sehr anschauliches Bild gibt, sind die Löhne mit mehr oder weniger genauer Anpassung und Schnelligkeit bis zum Wendepunkt im November gefolgt — dann sieht das Bild anders aus. Seit der Senkung des Index gegen Ende November vollzieht sich eine Senkung der Löhne nur sehr zögernd oder gar nicht. Sie wird von den Lohnempfängern auf das schärfste abgelehnt, weil der Lohnsatz gegen die Friedenszeit sehr stark gedrückt und deshalb ein Abbau für sie untragbar sei. Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? Diese Frage kann nur durch **eine genaue statistische Untersuchung** beantwortet werden, zu der dem Verfasser das Material einer Großfirma der Verfeinerungsindustrie (Berliner Metallindustrie) zur Verfügung gestanden hat.

Aus der Lohnstatistik dieser Großfirma, die mehrere zehntausend Arbeiter umfaßt, ergeben die Durchschnittsziffern verschiedener Gruppen für das erste Quartal des Jahres 1914 im Lohn einen Verdienst pro Stunde:

für den männlichen Facharbeiter	von 69 Pf.
für den männl. ungel. (Transport-) Arbeiter	von 45 Pf.
für den weiblichen Arbeiter	von 34 Pf.

Der zur Zeit der höchsten Indexziffer geltende Lohnsatz wurde tariflich Ende November 1923

für den Facharbeiter	auf 50 Pf.
für den ungelernten (Transport-) Arbeiter .	auf 41 Pf.
für den weiblichen Arbeiter	auf 26 Pf.

festgelegt. Das sind die Ziffern, die in der Oeffentlichkeit immer wieder den obigen Friedensziffern unter Hinweis auf die Ueberteuerung der Friedenspreise vorgehalten werden und die Begründung zur Ablehnung eines Abbaues geben müssen. Sie ergeben ein völlig irreführendes Bild, wenn sie so den Friedensziffern gegenübergestellt werden.

Die Friedensziffern, die ich oben nannte, sind Durchschnittsziffern, die den vollen wirklichen Verdienst der betreffenden Arbeiterkategorie darstellen. In den jetzigen tariflichen Ziffern von 50 Pfennig, 41 Pfennig und 26 Pfennig fehlen aber noch die verschiedenen Zulagen für besondere Leistungen und Qualitäten, insbesondere fehlt darin eine Zulage, die man im Frieden noch nicht kannte, die aber jetzt einen wesentlichen Bestandteil des Lohnes ausmacht, nämlich die soziale oder Familienteuerungszulage. Wie diese letzte Zulage allein den Verdienst erhöht, ergibt folgende Tabelle. Es erhalten

	ledig	verh. 1 Kind	2 Kdr.	4 Kdr.	6 Kdr.	
Männl. Facharb.	50	52	56	60	68	76 Pf. Std.-L.
„ ungel (Transp.-) Arbeiter . . .	41	43	47	51	59	67 „ „
Weibl. Arbeiterin .	26	—	30	34	42	50 „ „

Ist ein Transportarbeiter verheiratet und hat er auch nur ein Kind, so überschreitet sein Verdienst also bereits den Friedenslohn — wobei eine Funktionszulage, die unter Umständen auch noch gezahlt wird, ganz außer Ansatz geblieben ist.

Den richtigen Vergleich erhalten wir erst, wenn wir die Lohnstatistik zugrunde legen und den vollen wirklichen Verdienst einschließlich der Zulagen der einzelnen Kategorien erfassen. Dann ergibt sich folgendes Bild: In der Gruppe der männlichen Facharbeiter haben im Dezember durchschnittlich verdient in Pfennigen:

bis 60	64	68	72	76	80	über 80	Pfennige,
7,5	10	11	35	23	6	4,5	Proz. aller Arbeiter.

Der Gesamtdurchschnitt lag bei 68,9 Pfennigen.

In der Gruppe der männlichen Transportarbeiter haben verdient in Pfennigen:

bis 44	48	52	56	60	über 60	Pfennige,	
10	28	37	16	6	3	Proz.	aller Arbeiter.

Der Gesamtdurchschnitt lag bei 51,7 Pfennigen.

Bei den weiblichen Arbeitern sind die tariflichen Lohnsätze von 25 Pfennigen durch die Zulagen auf einen Durchschnittssatz von 32 Pfennigen gehoben worden. Nur diese Ziffern — also 68,9, 51,7, 32 Pfennige — kann man den Friedensziffern gegenüberstellen, wenn man sich ein wahres Bild machen will.

Hält man diesen Verdienstziffern, die von einem Teil der Presse Anfang Januar anläßlich des Lohnabbauversuches der Berliner Metallindustrie herausgegebenen Ziffern gegenüber, so sieht man, wie die Oeffentlichkeit irre geführt wird. Bei 48 Stunden Arbeitszeit liegt der Verdienst durchschnittlich bei 33,00 und 24,80 bzw. 15,85 Mark Wochenlohn, nicht bei 18,00 Mark bzw. 4,40 Mark wie dort angegeben wurde. Selbst der Steuerabzug, den es im Frieden noch nicht gab, ändert hieran wenig. Eine Nachprüfung hat ergeben, daß der Abzug von den tatsächlich gezahlten Lohnsummen im Dezember noch nicht fünf Prozent bzw. zwei Prozent bzw. ein Prozent betragen hat.

Die genannten Löhne sind bis Ende Dezember unverändert gezahlt worden. Der Reichsindex ging dagegen im Dezember von 1,53 bis auf 1,147, das heißt um 25 Prozent, herunter. Damit war der Durchschnittsverdienst der Transportarbeiter genau auf dem Friedensstand sogar im Goldwert angelangt.

Im Januar wurden die Löhne etwas reduziert auf 48 beziehungsweise 38 Pfennig. Die Löhne der weiblichen Arbeiter blieben bestehen. Da der Reichsindex inzwischen auf 1,1 heruntergegangen ist, ist das Verhältnis der Löhne zu ihm gleich geblieben beziehungsweise besser geworden.

Wir sehen also, daß die Differenzen gegen den Frieden unerheblich sind, beim Transportarbeiter sind sie selbst unter Berücksichtigung der Teuerung gleich Null. Die etwa noch bestehenden Differenzen gegen das Friedenseinkommen bei den „Tariflöhnen" können sogar gegen beseitigt werden bzw. überschritten werden, wenn sich die Arbeiterschaft entschließt, mit dem Dogma des schematischen 8-stündigen Arbeitstages zu brechen und dort, wo es notwendig ist, zur Friedensarbeit zurückzukehren. Im Frieden arbeitete der Facharbeiter 52 bis 54 Stunden, der Transportarbeiter 54 bis 60 Stunden die Woche. Mit der Wiedereinführung dieser Arbeitszeit kann er seinen gegenwärtigen Wochenverdienst bis um ein Viertel heben.

Die dritte Steuernotverordnung.

Die heutigen Besprechungen der Reichsregierung.

Heute nachmittag 3 Uhr findet eine Besprechung der Reichsminister statt. Anschließend tritt um 4 Uhr das Reichskabinett zusammen, um sich in der Hauptsache mit der dritten Steuernotverordnung zu beschäftigen. Um 6 Uhr nachmittags beginnen im Ministerium für die besetzten Gebiete Verhandlungen über die vom Sechzigerausschuß einzuschlagende Politik.

In der Vollsitzung des Kabinetts wird auch, wie wir ferner hören, **die Frage der Hypothekenaufwertung** entschieden werden, deren Regelung innerhalb der dritten Steuernotverordnung erfolgen soll. Nach den abgeschlossenen Vorverhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsjustizministerium soll die Aufwertung im allgemeinen 10 Prozent des Vorkriegswertes betragen; es ist indes vorgesehen, daß eine weitergehende Aufwertung bis zu 25 Prozent in besonderen Fällen durch Gerichtsentscheidung erzielt werden kann.

Die Weiterzahlung der Besatzungskosten.

Dr. Luther gegen die Einmischung der Rentenbank.

Wie erinnerlich, haben vor acht Tagen der Präsident, der Vorstand und einige Mitglieder des Verwaltungsrats der Deutschen Rentenbank bei dem Reichsfinanzminister Dr. Luther schwere Bedenken gegen die Weiterzahlung der Besatzungskosten für die besetzten Gebiete geltend gemacht. Diese Einmischung der Rentenbank in politische Fragen, über die die Regierung allein zu entscheiden hat, mußte auf das schärfste zurückgewiesen werden. Man glaubte aber bisher Grund zu der Annahme zu haben, daß der Finanzminister Dr. Luther sich in diesem Punkte im vollen Einverständnis mit dem Direktorium der Rentenbank befind, was um so bedauerlicher war, als die Folgen einer so verfehlten Maßregel das besetzte Gebiet mit aller Schärfe treffen würden. Jetzt hat, wie wir erfahren, in der großen Aussprache des Reichskabinetts über die Rhein- und Ruhrfragen, die am Sonnabend stattfand, Reichsfinanzminister Dr. Luther seinen Standpunkt vollkommen geändert. Er trat sehr scharf gegen das Direktorium der Rentenbank auf, das auf seiner Ansicht beharrte, und bestürmte energisch die Weiterzahlung der Kosten. Diese wurde dann auch, wie schon gemeldet, beschlossen, allerdings nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit.

Die Abstimmung unter den Eisenbahnern.

Keine Streikmehrheit.

Die vom Deutschen Eisenbahnerverband eingeleitete Abstimmung über die Arbeitszeitverlängerung hat erfreulicherweise eine Klärung der Lage gebracht, die nicht nur für die öffentlichen Betriebe, sondern auch für die Privatindustrie von großer Bedeutung ist. Nach sicheren Informationen hat nämlich die Frage, ob durch einen Streik die Arbeitszeitverlängerung bekämpft werden soll oder nicht, die Eisenbahnarbeiter offenbar viel weniger bewegt, als man in gewerkschaftlichen Kreisen angenommen hat. Durchschnittlich haben noch nicht einmal 50 Prozent der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes an der Abstimmung teilgenommen, und somit ist jeder große einheitliche Streik von vornherein ausgeschlossen, da mindestens 75 Prozent aller eingeschriebenen Mitglieder sich gegen die Arbeitszeitverlängerung entscheiden müßten, wenn der Streik durchgeführt werden sollte. Schätzungsweise hat damit noch nicht einmal ein Drittel der in den Eisenbahnbetrieben tätigen Arbeiter sich für den Streik erklärt. Dieses Ergebnis ist sehr wesentlich, da die anderen Eisenbahnerorganisationen von vornherein durch Rundschreiben ihre Mitglieder vor wilden Aktionen gewarnt haben. Sollte hier und da eine Bewegung aufflackern, so wird sie in ganz kurzer Zeit zusammenbrechen, zumal jeder Streikende sofort entlassen wird.

* Im **Buchdruckerstreik an der Saar** hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die Arbeit am 29. Januar wieder aufgenommen werden, und am gleichen Tage Verhandlungen über die strittigen Fragen stattfinden sollen. Dieser Schiedsspruch ist von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Der Streik geht weiter. Es handelt sich in erster Linie um den Grundsatz des Achtstundentages.

Was überflüssig ist und aus Gründen der Sparsamkeit beseitigt werden muß, ist das Nebeneinander von Klassen für Werklehre und für Kunstlehre an denselben Anstalten.

Daraus ergibt sich das Programm für die Neuorganisation des Kunstunterrichts, die im Gange ist. Schulen für reine Werklehre an allen Orten, wo sie wünschenswert sind. In wichtigeren Zentren Klassen für Naturstudium. In den Hauptstädten mit ihnen verbunden die eigentlichen Hochschulklassen. Wie man diese Anstalten dann nennt, ist ganz gleichgültig. Es kommt nur darauf an, daß das Nötige gelehrt wird. Und wenn eine Werkstätte an der Akademie besteht, die besser ist als die an der Kunstgewerbeschule, so wird nur ein törichter Pedant diese erhalten und jene eingehen lassen. Nur eine muß eingehen und die Schüler aller Schulen können in der bestehen bleibenden lernen.

Daß eine solche Organisation nur von einer Zentralstelle aus richtig aufgebaut werden kann, ist hier schon gesagt worden, soll aber nachdrücklich wiederholt werden. Es ist auch aus wirtschaftlichen Gründen, die jetzt mehr ins Gewicht fallen, dringend nötig, die Verwaltung zu vereinfachen. Wahrscheinlich wird der Abbau von Lehrkräften die Kunstgewerbeschulen mehr treffen als die Akademien. Denn an jenen bestehen die für sie durchaus unnötigen Klassen für Naturstudium, die neben anderen Nachteilen noch den haben, die Schüler von ihrem Beruf in die „hohe Kunst" zu locken.

B. St. „Hamlet in Krähwinkel" heißt, wie unser Korrespondent aus Frankfurt a. M. schreibt, das neue Bühnenstück von Toni Impekoven und Karl Mathern. Die bekannten Verfasser haben diesmal keine Posse geschrieben, sie haben aus einem historischen Vorgang ein Volksstück gemacht. Wenn auch Frankfurt und das oberhessische Städtchen Butzbach die Schauplätze der Handlung sind, so ist das lustige Spiel doch ebensowenig ein reines Lokalstück, wie etwa der „Katterich" des Niedergall an Darmstadt gefesselt ist. Schmierendirektor Schlumperts Schauspieler können ihren Hamlet überall aufführen, und überall mit dem gleichen Lacherfolg. Schlumperts Hamlet ist der Kern des Stückes, Schlumperts Schauspieler die Hauptfiguren. Der aus der Theatergeschichte bekannte Frankfurter Charakterschauspieler Weidner macht sich den Spaß, fährt nach Butzbach und findet hier als Ophelia seine Tochter wieder, die er verstoßen hatte, weil sie ihm mit einem jungen Schauspieler durchgebrannt war. Der Rest ist Versöhnung. Die Aufführung am Frankfurter Schauspielhause brachte den Autoren einen außergewöhnlichen Erfolg, an dem auch die Darsteller, vor allem Impekoven als Schmierendirektor, ihren wohlverdienten Anteil hatten.

Dr. Brauns über Wirtschaft und Sozialpolitik.

Essen, 29. Januar. (W. T. B.)

Im Vereinshause in Hagen in Westfalen sprach vor einer von mehr als 800 Personen besuchten Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über das Thema: Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Er führte u. a. aus: Auch durch eine allgemeine Wirtschaftskrise dürfe das Prinzip der Sozialpolitik selbst und deren grundsätzliche Notwendigkeit nicht angetastet werden. Der Minister legte dann eingehend dar, was die deutsche Sozialpolitik in der augenblicklichen schweren Wirtschaftskrise getan habe, um diesen Grundsätzen gerecht zu werden.

In der Frage der Sozialversicherung sei die Beitragspflicht angepaßt worden und eine Vereinfachung der Organisation und eine Beschränkung der Leistungen auf das notwendigste Maß erfolgt mit dem Erfolg, daß heute das Versicherungswesen als gerettet betrachtet werden könne. Weniger befriedigend sei die gegenwärtige Lage und die Aussicht für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Beschäftigung und der **Erwerbslosenfürsorge.** Am 15. Januar habe Deutschland rund 3 Millionen unterstützte Vollarbeitslose mit etwa vielen Familienangehörigen und 1½ Millionen unterstützte Kurzarbeiter gehabt. Die Hälfte davon entfalle auf das besetzte Gebiet. Nachdem die rechtzeitige Einführung der Erwerbslosenversicherung an dem Widerstande vieler Beteiligter gescheitert sei, sei durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 Ersatz geschaffen worden. An dem Grundsatz der Pflichtarbeit müsse festgehalten werden, schon um Notstandsarbeiten vornehmen zu können. Sobald die Finanzen es erlauben, sollen die Unterstützungssätze heraufgesetzt werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Einer solchen sei die gegenwärtige Kaufkraft unter allen Umständen vorzuziehen. Der Minister versprach, nach Kräften auf die Steigerung des Realeinkommens hinzuwirken durch weitere Senkung der Preise. Nachdem die Wirtschaft wieder größere Bewegungsfreiheit erhalten habe, müsse sie wieder zu den früheren Grundsätzen zurückkehren: scharfe Kalkulation, großer Umsatz, kleiner Nutzen. Das sei auch das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitsnot. Die Aufgaben der Wohlfahrtspflege seien gewaltig vergrößert. Das Reichsarbeitsministerium habe sich bestrebt, auf diesem Gebiete die Selbsthilfe zu ermuntern und zu fördern.

Zur **Arbeitszeitfrage** bemerkte der Redner, daß sowohl die Gewerkschaften wie auch die politischen Parteien durch die Zustimmung zu der Note vom 14. November 1922 grundsätzlich der Arbeitsleistung auch auf dem Wege der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt hätten. Der Höhepunkt der Krisis habe einen entschiedenen Schritt unvermeidlich gemacht. Um noch dem inzwischen erfolgten Abbau der Demobilmachungsverordnung über die Arbeitszeit überhaupt wieder einen gesetzlichen Boden zu bekommen, sei die Verordnung vom 21. Dezember erlassen worden. Diese Verordnung entspreche gewiß nicht dem sozialpolitischen Ideal, sie sei aber auch nur als Notverordnung gedacht. Gewisse Arbeitgeberkreise bekämpfen sie, weil sie die Arbeitszeit überhaupt der staatlichen Regelung entziehen wollten; ein Teil der Arbeitnehmer bekämpfe die Verordnung aus doktrinären Gründen, ein anderer Teil als sozialpolitisch reaktionär. Man werde der Verordnung nur gerecht, wenn man bedenke, daß das Hauptgewicht der Regelung der Arbeitszeit den organisierten Arbeiterparteien im Tarifvertrag überlassen bleibe, daß die Verordnung ferner weder die gesetzlich ungeregelte Arbeitszeit der Vorkriegszeit anerkenne, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen starre Schranken entgegensetze.

Zu der Lohnfrage bemerkte der Minister, daß die Friedenslöhne zwar noch nicht wieder erreicht werden könnten, daß aber eine Besserung zu erwarten sei, sobald das Wirtschaftsleben wieder in Gang komme. Die Aufgabe des Schlichtungswesens sieht der Minister darin, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zur wahren Arbeitsgemeinschaft und verständnisvoller Zusammenarbeit zu bringen. In der Wohnungsfrage und in der Frage des Pachtschutzes vertrat der Minister die Notwendigkeit der Beibehaltung eines gewissen sozialen Schutzes der Mieter und Pächter, aber auch die Notwendigkeit der schrittweisen Angleichung des Miets- und Pachtzinses an den Friedenszins.

Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der tiefste Punkt unserer wirtschaftlichen Not überwunden sei, wenn es zu einer Entwirrung der außenpolitischen Probleme komme. Im Interesse aller Völker und Stände sei zu wünschen, daß die nunmehr beginnenden Untersuchungen und Verhandlungen zu diesem Ergebnis führten.

Neue Erfolge der drahtlosen Bildtelegraphie. Die Versuche des Berliner Professors Korn mit der drahtlosen Bildtelegraphie erregen, wie unser ✉-Korrespondent aus Rom telegraphiert, nach wie vor das größte Aufsehen. Gestern traf im römischen Kriegsministerium die drahtlose Unterschrift ein, die General Calcagno, der Chef der Berliner Italienkommission dem Korn-Laboratorium in Charlottenburg gegeben hatte.

Wild und Fische billiger.

Spinat das teuerste Gemüse.

Heute sind es besonders die Preise für Hasen, die sich abwärts bewegen. Sie sind im Ganzen mit Fell für fünf Mark das Stück, ohne Fell für 75 Pfennig das Pfund zu haben. Reh- und Hirschfleisch kosten von 50 Pennig bis 3 bzw. 2 Mark, Gänse und Hühner sind in großen Mengen noch vorhanden, haben aber immer noch Durchschnittspreise von 1,50 und darüber, ebenso wie Puten und Enten. Die Abwärtsbewegung des Eierpreises hat zunächst angehalten, der gestern verzeichnete niedrigste Preis von 16 Pfennig ist sogar verschwunden, man sieht die Eier aber mit 18, 19 und 20 Pfennig (frische Landeier) sehr zahlreich. Eine teilweise Verbilligung läßt sich auf dem Fischmarkt feststellen.

Die geringeren Flußfischsorten haben sich im Preise wieder etwas gesenkt, Plötzen sind von 25, Bleie von 30 Pfennig an zu haben, gehen aber je nach Größe und Güte bis 80 Pfennig und darüber. Grüne Heringe kosten durchschnittlich 40 Pfennig. Auf dem Gemüsemarkt dominiert auf den Preistafeln als Spitzenpreis der für Spinat mit 1,20 Mark das Pfund. (Spinat mit Ei ist also fein billiges Gericht.) Gegenüber den übrigen Kohlarten, deren Preise sich nunmehr fast alle (mit Ausnahme von Rosenkohl) der 10-Pfennig-Grenze nähern, bei Grünkohl auf 5 Pfennig herunter sind, ist der Spinat also über Gebühr hoch. Kartoffeln kosten 4 Pfennig das Pfund. Die Fleischpreise zeigen keine Veränderung.

Der Heiratsschwindel der Herren v. Bomsdorf.

Gefängnisstrafe und Ehrverlust.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✉ **Naumburg,** 29. Januar.

Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich der frühere Rittergutsbesitzer Hans v. Bomsdorf wegen Heiratsschwindels, sein Bruder, der Ingenieur und Kaufmann Ernst v. Bomsdorf aus Berlin wegen Beihilfe und Hehlerei zu verantworten. Hans v. Bomsdorf war zu einem Sechstel Besitzer des väterlichen Rittergutes Werben bei Kottbus; außerdem besaß er noch zwei eigene Güter. Raffinierter Luxus brachte ihn aber bald in Vermögensverfall. Er selbst behauptet, Wucherer und Halsabschneider hätten ihn ruiniert. Als sein Vermögen verschwendet war, suchte er sich durch Heiratsschwindeleien zu finanzieren. In Hannover, Bonn, Wiesbaden und München betrog er verschiedene Damen um große Geld- und Sachwerte und verschwand. Die Strafkammer Wiesbaden hatte ihn schon wegen Betruges zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und ein Münchener Heiratsschwindel trug Hans v. Bomsdorf zwei Jahre Gefängnis ein.

Inzwischen hatte er auf Grund eines Heiratsinserates in Leipzig mit einer vermögenden Dame in Reuden Verbindung angeknüpft. Er erzählte ihr, er besitze in Schlesien ein Schloß, er bedürfe allerdings noch eines baren Kapitals von 300 000 Mark, um seine Verbindlichkeit einzulösen. Die Frau gab ihm das Geld, und binnen sechs Wochen war sie seine Gattin. Bald nach der Hochzeit hatte der Ehemann seine junge Frau genötigt, daß sie ihm Generalvollmacht gebe, zwei große Hypotheken abhebe und ihn mit dem Verkauf zweier Häuser in Leipzig betraue. Als in Kottbus im Hotel aus der Handtasche seiner Frau ein Sperrvermerk des Grundbuchamtes Leipzig, womit sie den Hausverkauf vereiteln wollte, herausfiel, beschimpfte er die Gattin und bedrohte sie mit dem Revolver. Schließlich willigte sie in den Häuserverkauf ein. Nach weiteren Schwindeleien wurde die Ehe für die geplagte Frau unerträglich; sie reichte nach vier Monaten die Scheidung ein. Ernst v. Bomsdorf hatte seinen Bruder eifrig unterstützt, um die Frau auszuplündern. Die Strafkammer Naumburg verurteilte Hans v. Bomsdorf zu fünf Jahren Gefängnis und vereinigte die Strafe mit der Münchener zu sechs Jahren Gefängnis; der noch unbestrafte Ernst v. Bomsdorf erhielt wegen Beihilfe zum Betrug zwei Jahre Gefängnis. Außerdem sprach das Gericht für jeden noch fünf Jahre Ehrverlust aus.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Nur vorübergehend bewölkt, nachts Frost, am Tage etwa 0 Grad.

Die Heizung der Eisenbahnzüge.

Ein Erlaß des Verkehrsministers Oeser.

Bereits während des Weihnachtsverkehrs wurde vielfach über die schlechte Heizung der Züge geklagt, und gleichzeitig litt der Verkehr unter starken Verspätungen. Das lag hauptsächlich an der Ueberlastung der Lokomotiven; bei starkem Frost ist es schwieriger, den nötigen Dampfdruck zu entwickeln, außerdem hatte man die Züge wegen des plötzlich zunehmenden Verkehrs verlängern müssen, und da blieb für die Heizleitungen, die vielfach einfroren, nicht genügend Dampfkraft übrig. Jetzt wendet sich Reichsverkehrsminister Oeser gegen die mangelhafte Heizung der Züge; er sieht den Grund dieses Mißstandes und der Verspätungen in der ungebührlichen Verlängerung der Züge. „Es kann nicht gebilligt werden," so heißt es in dem Erlaß, „daß in den Zügen über das für die Verkehrsbedienung unumgängliche Mindestmaß hinaus Wagen mitgeführt werden. Die hohe Inanspruchnahme der Lokomotiven erfordert gerade während der Heizzeit weitestgehende Rücksichtnahme auf ihre Leistungsfähigkeit; namentlich für Schnellzüge auf betriebsungünstigeren Strecken wird darauf zu halten sein, daß bei Frost Stärken von mehr als 44 Achsen möglichst vermieden werden." — Es sei nicht zulässig, in derartigen betriebsschwierigen Zeiten Züge bis zu 56 Achsen laufen zu lassen; kann der Verkehr nicht anders bewältigt werden, so sollen Entlastungszüge eingestellt werden.

Die Juwelenräuber in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 29. Januar.

Ein neuer Ueberfall auf ein Juweliergeschäft wurde gestern vormittag im Palais Royal versucht. Ein junger Mann ließ sich mehrere goldene Uhren vorlegen und bedrohte den Inhaber, einen siebzigjährigen Mann, mit einem Revolver. Die Frau des Geschäftsinhabers eilte herbei und schoß auf den Menschen, der sofort die Flucht ergriff, aber vor dem Theater Francaise aufgehalten wurde. Der Verbrecher ist ein Spanier, ein zwanzigjähriger Student, der nach seiner Aussage den Juwelier nur erschrecken wollte, um von ihm einige hundert Francs zu erhalten.

Chloroformiert und beraubt. In der vergangenen Nacht gegen 4¾ Uhr wurde die Schneiderin Ida Orlowski von einer Streife der Schutzpolizei im Flur des Hauses Kamminer Straße 31 in Charlottenburg, nur notdürftig bekleidet und halb bewußtlos, aufgefunden. Die Beamten brachten sie nach der Wache des 130. Polizeireviers. Nachdem sie sich hier erholt hatte, gab sie folgendes an: Sie sei an der Ecke der Luther- und Kleiststraße von zwei Männern angesprochen worden mit der Aufforderung, beide nach einer Diele zu begleiten. Einer der Männer nannte sich Stallmeister „von Beermann", er trug einen braunen Manchesteranzug und eine Automobilschirmmütze. Sein Begleiter trug einen dunkelbraunen Paletot und einen weichen Hut. Er ist mittelgroß. In Gemeinschaft mit diesen beiden Männern hat dann die Schneiderin eine Droschke bestiegen, die mit einem Schimmel bespannt war, und an der eine Scheibe durch ein Gitter in 4 Teile geteilt ist. Der jüngere von den beiden Begleitern hat ihr dann ein Tuch, wahrscheinlich mit Chloroform, vor das Gesicht gepreßt, worauf sie das Bewußtsein verloren hat, und erst in dem Hausflur wieder zu sich gekommen ist. Die beiden Täter haben ihr die gesamte Ober- und Unterkleidung, sowie Hut und Stiefel und die Handtasche mit 1,80 Goldmark geraubt.

Das Leipziger „Panorama"-Restaurant abgebrannt. Das weltbekannte, bei den Messfremden besonders beliebte große Restaurant „Panorama" am Roßplatz wurde heute vormittag, wie unser Korrespondent meldet, von einem Großfeuer heimgesucht. Das Café im ersten Stock, wo täglich Künstlerspiele stattfanden, brannte vollständig aus.

Internationaler Schachkongreß Meran. Zum 1. internationalen Schachkongreß (Beginn Anfang Februar) haben Schachgrößen wie Bogoljubow, Euwe, Grünfeld, Rubinstein, Selesniew, Spielmann und Dr. Tarrasch bereits ihre Beteiligung zugesagt. Auch das internationale Damen- und Hauptturnier weist starke Besetzung auf.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski; für auswärtige Politik: Josef Schwab; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt; für Kunst, Wissenschaft und Theater: Erich Vogeler; für Literatur: Fred Hildenbrand; für den Roman: Fritz Engel; für die Handelszeitung: Dr. Adolf Roeder; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz; für die Inserate: Heinrich Baron; sämtlich in Berlin. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.
Hierzu 1 Beiblatt.

Aus den Konzerten.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

Am Sonntag vormittag gab es in der Oper am Königsplatz ein „Eröffnungskonzert", ausgeführt von Kräften der Staatsoper unter Leitung des Generalmusikdirektors Erich Kleiber. War es eine nachträgliche Weihe des neuen Hauses, oder sollte damit eine Konzerttätigkeit der Volksbühne an dieser Stelle eingeleitet werden? Gleichviel, für Kleiber und die Staatskapelle war es ein großer Erfolg. Beethovens op. 124 fiel ohne ersichtlichen Grund weg; aber die Neunte übte wie immer ihre begeisternde Wirkung. Sie ist nun mal ein Werk, das zum Grübeln und Deuten geradezu herausfordert. Jeder Gedanke, jedes Motiv, jede Wendung ist so gehaltvoll, so empfindungsschwer, so vielsagend. Man möchte sich nicht genugtun, das alles herauszuholen, bald dieses, bald jenes beleuchten, hervorheben, zurücktreten lassen. Bei keiner anderen Sinfonie Beethovens ist auch das Zeitmaß so an das subjektive Empfinden des Dirigenten gebunden. Dies und die sichere Publikumswirkung machen die Neunte zu einer immer wieder lockenden Aufgabe. Der berufene Dirigent aber, der reife, ist der, der nicht mehr an den Einzelheiten hängen bleibt, sondern sich zu der natürlichen Ausdruckslinie des Werkes durchgefunden hat.

Kleiber ist es gelungen, nicht durchweg, aber doch in bemerkenswerter Weise dem Ziele nachzukommen. Am meisten im ersten Satz, in dem er in seiner und eigener Art auf manches aufmerksam macht, ohne die Einheitlichkeit des Eindrucks zu gefährden. Nichts ist unklug, was er gibt, nicht alles überzeugend, weil es mehr aus dem Verstande als aus der Empfindung kommt. Schön im Ausdruck war der langsame Satz, zweifellos zu schnell das Scherzo. Technisch ist dies Tempo überhaupt nur bei solchem Orchester möglich, aber darum innerlich noch nicht gerechtfertigt. Dadurch verlor auch das Trio, obwohl gegen Scherzo richtig abgemessen, viel von seinem behaglichen Humor. Der Schlußsatz war wohlüberlegt und von starker Wirkung. Nur sollte Herr Kleiber den Chor nicht singen lassen: „Was die Mode frech geteilt". Beethoven hat nicht daran gedacht, den Schillerschen Text zu ändern, und Richard Wagner hat sich geirrt, als er in des Meisters schwer zu entzifferender Handschrift glaubte „frech" statt „streng" lesen zu müssen.

Der Chor klang übrigens nicht halb so frisch wie sonst im Opernhaus. Von den Solisten zeichnete sich Herr Soot aus. Endlich mal ein Tenor, der in der Höhe sieghaft selbst dem anstürmenden Männerchor gegenüber bleibt. Herr Schorr beherrschte das einleitende Rezitativ nicht gerade meisterlich; von Frau Arndt-Ober war wenig, von Frau Bindernagel nichts Gutes zu hören. Ihrer gewiß schönen Stimme fehlt für die Partie die Schlankheit und leichte Beweglichkeit. (Der „lanfte Flügel" war ein scharfer, doch nicht ganz sicher treffender Dolchstoß.)

Das Orchester bot Erlesenes, konnte jedoch, auf der Bühne sitzend, nicht zu gewohnter Geltung kommen. Alles erklang mit letzter (und daher etwas poesieloser) Deutlichkeit. Die Blechgruppe hervorstechend, die Bläser matt, die Streicher saft- und glanzlos, wie unter einem Schleier. Für Orchesterwirkungen also ist der Neubau vorläufig nicht günstig; vielleicht später einmal. Ohne Not sollte man hier Konzerte nicht abhalten.

*

In der Philharmonie, nach längerer Pause wieder einmal Georg Schneevoigt, umgeben von einer dichten Zuhörerschaar, die weiß, warum sie sich auf ihn freut, empfangen und entlassen mit allen Zeichen einer dankbaren, gewissermaßen persönlich zugetanen Gesinnung. Auch er hatte die Neunte aufs Programm gesetzt. Vorauf aber ging die dritte Leonorenouvertüre, in deren schwungvoller Ausführung Schneevoigts suggestive Art so recht zur Geltung kam. Dann sang Frida Leider die „Abperfido"-Arie; ein wenig kühl, doch wirksam in Vortrag und Tongebung. (In ihrer straffen Atemspannung, die auch der Abreißen der Töne zur Manier werden läßt, liegt eine Gefahr für den Wohllaut und für den Fortbestand der Stimme.) Schneevoigts Darstellung der Neunten, schon als Gedächtnisleistung eminent, gehört zu den erkreulichen Beethoveninterpretationen. In dem groß angelegten ersten Satz fand ich die Steigerung der Durchführungsteile besonders glücklich. Im Adagio schwelgte des Dirigenten warmes Empfinden, unbekümmert um die eigentlich vorgeschriebene Differenzierung des eingeschobenen Andante-Tempos. Merkwürdigerweise nimmt auch Schneevoigt das Scherzo über die Maßen bewegt. Das ist um so merkwürdiger, als gerade er in der kraftvoll-feierlichen Haltung der Schlußsätze sein Vorbildliches gibt. Sind im zweiten Satz die punktierten Rhythmen der Bläser nicht mehr ausführbar oder inkorrekt, so kann nun einmal das Tempo nicht mehr richtig sein. Wilhelm Guttmann zeichnete sich in der sprachlich eindrucksvollen Behandlung des Freuden-Themas aus. Im Verein mit den Damen Ethel Haura und Olga Eisner und namentlich dem Pfendotenor Paul Marion bot sonst das Soloquartett nicht eben Hervorragendes. Der noch junge Cäcilien-Chor dagegen, zwar nicht immer von einheitlicher Präzision in den Einsätzen, sang mit rühmlicher Energie des Ausdrucks. Die Philharmoniker gaben her, was nur das fühlbare Vertrauen eines Orchesters für einen begeisternden Führer übrig hat.

*

Ein zehnjähriges Kind, Lucie Stern, produziert sich im Bechsteinsaal als Pianistin. Fraglos ein starkes Talent; schon der kraftvoll männliche und doch weiche Anschlag und die vorgeschrittene Technik lassen aufhorchen. Natürlich gibt sie noch nicht gleichmäßig Fertiges. Bachs D-moll-Toccata in Taurus Uebertragung war immerhin erstaunlich; für Schumanns G-moll-Sonate fehlt noch die innere Reife. Immerhin verdient die kleine Musikerin Aufmunterung und Förderung.

Vorstandswahl in der Freien Sezession. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Sezession setzt sich für die nächsten 2 Jahre folgendermaßen zusammen: H. M. Pechstein, Vorsitzender; Ulrich Hübner, stellvertretender Vorsitzender; Heinrich Heuser, Schriftführer; Richard Scheibe, Kassenführer; Ernesto de Fiori, Professor Käthe Kollwitz, Professor Hans Meid, Karl Walser.

Ausstellung in der preußischen Staatsbibliothek. Die preußische Staatsbibliothek veranstaltet anläßlich des Kongresses für Kultus und Kunst vom 30. Januar bis 5. Februar einschließlich eine Ausstellung evangelischer Gesangbücher (1524/1924). Besuchszeit Wochentags 10 bis 3, Sonntags 11 bis 2 Uhr, Eintritt unentgeltlich.

Die Beuth-Aufgabe. Für die Lösung der Beuth-Aufgabe für 1923 — Entwurf einer Eisenbahngüterwagenwerkstatt — waren sieben Lösungen eingegangen. Zwei davon wurden mit der Beuth-Medaille ausgezeichnet. Die Preisträger sind die Regierungsbauführer August Rüter in Barmen, der auch den Staatspreis erhält, und Fritz Klahn in Berlin. Als Preisaufgabe für 1924 schreibt die maschinentechnische Gesellschaft in Berlin für den Beuth-Preis den Entwurf einer Schmiede für Doppelgasbetriebe bis 4. Oktober 1924 aus.

Felix Langers Wallenstein-Drama „Der Obrist" fand bei seiner Uraufführung im Stadttheater in Guben eine sehr herzliche Aufnahme. Die uns vorliegenden Besprechungen bestätigen den Erfolg auch bei der Kritik. Felix Langer hat eine bühnenmäßig sehr dankbare Episode aus dem Leben des jüngeren Wallenstein in einer knappen Handlung wirksam gestaltet.

Im Lessing-Museum liest Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, Ilse Reicke eigene Dichtungen, u. a. aus der Handschrift ihres neuen Romans „Ewige Heimat". Um 8 Uhr findet zu Franz Schuberts Geburtstage ein Schubert-Abend statt. Erna Frenkel singt drei Reihen Lieder, Georg Richard Kruse spricht über die Textverfasser derselben (Bruckmann, Craigher und Friedr. Schlegel) in Fortsetzung des Zyklus „Schubert und seine Dichter". Am Flügel: Margot Hüs.

Abend-Ausgabe
tag, den 29. Januar 1924

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Nr. 49 • Beib att
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

⊙ Behauptete Effektenkurse.

amtlicher Dollarmittelkurs: 4,2 Billionen M.

Börse verkehrte heute zunächst in überwiegend fester stimmung. Das Geschäft war ruhiger als gestern, da ation und Publikum grössere Zurückhaltung übten. Bei anken waren die Kaufaufträge heute bei weitem nicht in rwarteten Umfange eingegangen. Die Spekulation wurde ers durch eine Meldung verstimmt, wonach in absehZeit mit der Einführung einer Börsenkopfsteuer den Börsenbesucher gerechnet werden müsse. Im übrigen assten auch der bevorstehende Beginn der Beratungen der rständigenkommission und die zu erwartende Entscheidung ren Fragen, u. a. in der Frage der Hypothekenaufwertung, reisse Zurückhaltung, obwohl der Geldstand vermässig flüssig ist. Tägliches Geld wurde zu ½ bis Mille für den Tag angeboten. Etwas lebhafteres Interesse sich für Textilwerte und Oberkoks. Zu Beginn der Börse am Markt der fortlaufend notierten Papiere u. a. folgende e Kursveränderungen zu verzeichnen:

illiarden Prozent, 5proz. Reichsanl. (–3), 4proz. Reichsanl. 5proz. Reichsanl. (–5), 3proz. Reichsanl. (–175), 4proz. Preuss. Kon-), 3½proz. Preuss. Konsols (–15), 3proz. Preuss. Konsols (–15), 3proz. Pfandbriefe illionen Prozent, 4½proz. Oest. St. 14 (–0,625), Oest. amort. (+0,375), Oest. konv. J.J. (+0,125), 4proz. Türk. Bagdad I (+1,25), Ung. St 14 (+0,125), 4proz. Ung. St 13 (–0,125), 4proz. Ung. (–0,125), 4proz. Lissab. Stadt (+1,75), 2,6proz. Südösterr. neue 4½proz. Anatol. II (–0,25), Elektr. Hochbahn (–1,125), Schantungb, Dtsch.-Austral. (+0,550), Hamb. Paketf. (+1), Hamb.-Südam. (+3,25), 1,75), Kosmos (–2), Nordd. Lloyd (–0,125), Roland Linie (–0,5), Ver. (+0,275), Bank elektr. Werte (+0,5), Bank f. Brau-Ind. (–0,1), Bankv. (–0,25), Bayr. Hyp.-Wechsb. (–0,25), Berliner Handelsg. Darmst. u. Nationalb. (–0,15), Disconto-Ges. (–0,25), Dresd. Bank Essener Kreditanst. (+0,5), Mitteld. Creditb. (+0,1).

n Guss (+4), Buderus (+0,25), Dtsch.-Luxemb. (+1,5), Essener –3), Gelsenk. Bgw. (+1,75), Harpener (+0,75), Hoesch Stahlw. (+1), Bgw. (+1), Klöckner-Werke (+2), Köln Neuessen (+1,5), Laurahütte Mannesmann (–2), Mansfelder Bergb. (+0,25), Obschl. Eis.-Bed. Phönix (+1,5), Rhein. Braunk. (–0,5), Riebeck Mont. (+1), Schl. Bergb. (+2), Stolberger Zink (+2,1), Deutsche Kali (+0,75), Westereg. (+0,5), A.-G. f. Anilinf. (+1,25), Angl. Cont. Guano (–2), Bad. Anilin Chem. Griesheim (–1), Elberf. Farben (+1,25), Th. Goldschmidt (+1), Koksw. (+2), Rhein. Sprengst. (+0,75), Rhenania (–0,5), Rutgers– 0,25), Accumulatoren (–0,75), Elek. Licht/Kraft (+0,625), Felten– (+1,00), G. f. elektr. Untern. (+0,25), Siebenwerk (+0,375), Halske (–2), Busch Waggon (+0,75), Linke-Hoffmann (+1,25), werke (–0,175), Berl. Anh. Masch. (–0,375), Berl. Karlsr. Ind.-W. Berliner Masch. (–1,25), Deimler (+0,15), Deutsche Masch. (–0,5), Werke (+0,25), Hansa Lloyd (+0,1), Hartmann, Masch. (+0,125), e Masch. (–0,25), Gebr. Körting (+0,25), Krauss & Co. (+0,75), e & Co. (+2,25), Motorenfab. Deutz (+0,25), National Automobil Orenst.-Koppel (+0,875), Schubert & Salzer (–0,25), R. Wolff Zimmermann (+0,225), Berlin-Burger Eisen (–0,25), Bing-Werke Deutsche Kabel (+0,2), Dtsch. Eisenbahnbl. (+0,375), Hirsch –0,5), Rhein. Metall (–0,375), Hugo Schneider (+0,25), Telefon (+0,5), Union Giesserei (–0,625), Stett. Vulkan (+3,5), Nordd. Wolle Bhm. Textil (+0,25), Stöhr & Co. (+1,25), Aschaffbg. Zellst. (+1), Waldhof (–0,3), C. a. F. Kahlbaum (–1,5), C. W. Kemp (+0,1), (+0,5), Basalt (+0,75), Charl. Wasser (+1,25), Dessauer Gas Dtsch.-Atl. Telegr. (–0,6), Eisenb.-Verk.-M. (–1), Held & Francke Kontin. Kautschuk (+0,4), Sarotti (–0,1), Schultih.-Patzenh. (–1,75), Delfabriken (+0,65), Leonh. Tietz (+0,25), Otavi Minen (–0,75), dol (+2), Api (–0,25).

Verlaute wurde der Verkehr noch stiller, und die brödkellen allgemein ab. Etwas stärker begehrt waren in der Darmstädter und Nationalbank im k auf die unmittelbar bevorstehende Bekanntgabe des sses der von dem Institut mit ausländischen Konzernen en Verhandlungen.

den internationalen Devisenmärkten machte die Besserung des Kurses des Franc und des englischen Pfundes weiterritte. Paris gegen London stellte sich auf 91¾, London ew-York auf 4.26¼ bis 4.26½, Paris gegen New-York auf ie Mark wurde auf London mit 17⅝ bis 18, aus Zürich und aus Amsterdam mit 0.63¾ gemeldet.

hiesigen Devisenmarkt tendierte London im Einit der höheren internationalen Bewertung fester, ebenso lm, und zwar führte man hierbei als Grund die bevor- Aufnahme einer schwedischen Anleihe an. Schwächere bekundete Kristiania. — Dollarschatzanweiwaren mit — G. und Goldanleihe mit 4.2 Bill. bez. unverändert. Die Nachfrage nach Dollarschatzngen bewegte sich zwischen 1½ bis 2 Millionen Dollar, erhin war die Haltung der Börse nicht einheitlich, aber was befestigt bei lebhafterem Geschäft.

Devisenmarkt waren die Repartierungen unverändert. nische Noten wurden mit 1 pCt., italienische mit 50 pCt. t.

Börse schloss in gut behaupteter Tendenz, doch bröckelten erte, u. a. Schultheiss-Patzenhofer und Oren-Koppel eher etwas ab.

*

Geldmarkt bleibt auch nach den neuen Zinsfestsetzungen ken kaum verändert. Von 1 pro Mille für tägliches Geld am ormittag fiel heute der Satz schliesslich auf ½ pro Mille zur t. Interessenten dafür sind trotz der gewissen besicherten ederum nur in geringer Zahl vorhanden, während längeres Geld er Industrie für Anlagezwecke und als Betriebskapital infolge marktgängiger Sicherheiten vielfach über den offiziellen Sätzen wird. Die bei den Banken immer mehr anschwellenden Rentenesitzen werden zumeist unter Kautionen, namentlich gegen dreiche Effektendeckung hergegeben. Man kann die Gesamtsumme Berlin zur Verleihung kommenden täglichen Gelder mit etwa Millionen Goldmark veranschlagen. Andererseits halten auch ene renommierte Firmen Auslandsgelder kurzfristig gegen mässig mässige Zinsen.

Rentenmarkt war wieder grösseres Geschäft in 5proz. eihe, die zu 180 Milliarden pCt. gesucht blieben. Die übrigen eihen waren etwas niedriger als gestern. Preussische Consols benfalls etwas niedriger ein, jedoch konnten im Verlauf der 3½proz. Consols wieder anziehen. Ausländische Anwaren vernachlässigt bei nicht einheitlicher Kursentwicklung. gen Bagdad-Anleihen und die Lissaboner Stadtanleihe; Un-Renten waren dagegen etwas niedriger.

Markt der **„unnotierten Werte"** war das Geschäft sehr s Publikum hält nach wie vor mit der Erteilung neuer Aufück. Die Kurse waren gegen gestern im allgemeinen nicht ndert. Von Petroleum-Aktien waren Deutsche Erdöl anfangs im Kurse gehoben, gaben aber im Verlauf wieder etwas n anfänglichen Kursgewinn her. Deutsche Petroleum und Api gen gestern fast unverändert. Sehr fest waren die Aktien ra-Werke, die ihren Kurs verdoppeln konnten. Nachfrage ferner nach Hüttenlochen, die auf 2 pCt. steigen konnten, r wenig Material an den Markt kam. Auch für Lindear-Auto, enz und Nienburger Eisen bestand zu höheren Kursen Interesse.

Markt der mit **Einheitskursen** gehandelten Papiere zeigte eine überwiegend festere Haltung. Die Aktien der nken waren weiter fester unter Bevorzugung der Aktien der Creditbank. Auch Industrieaktien waren bei höheren Kursen gefragt, da sich die Gerüchte von bevorstehenden Transverdichten. Auch Triptis-Aktien konnten weiter anziehen. h-Werke stiegen um weitere 5½ pCt. Im einzelnen waren bedeutenderen Kursveränderungen zu verzeichnen:

r: Stassfurt chem. Fabr. 1, Ver. Frankfurter Gummi ½, A.-G. rswerke 1¾, Kapler Masch. 1, Warsteiner Gruben 1½, Tafelglas Excelsior Fahrrad 1, Hotelbetriebs-Ges. 2, Fein Jute 4, Delmenfleum 3, Bayer. Zelluloid 1⅝, Velbert Eisen 1, Grevenbroich Hixter Zement ½, Industriebau ½, Kammerichwerke 5½, Preussengrube 2, Deutsch-Niederland. Telegr. 2, Magdeburger Goerz ½, Starke & Hoffmann ⅝, Malmedie 4, Gentbiner Zuck. 1, Kabler 1½, Siemens elektr. Betr. 1¾, Rostizer Zucker 1⅝, Asphalt 1, Eintracht Braunk. 2, Lingnerwerke 1¼, Bedburg. Donnersmarckhütte 26, Herm. Schöbts 2, Schriftg. Offenbach 5, Cement 1, Annaburg Steingut 1½, Jülicher Zucker 5, Zigar: Buchmann & Ladewig 2, Bremer Vulcan 2, Schlehhen 1, Erdmannsd. Spinnerei 7, Eisenwerk Kraft 1¼, Sächs. ent ¾, Fraustadt Zucker 2, Keramag ¾, Glasfabr. Brockwitz d. Töll ½, Oppeln Cement 2½.

Bezugsrecht der jungen Wengolz-Aktien wurde mit rden pCt. am unnotierten Markt bewertet. Für Avramikosr das Bezugsrecht auch am dritten Tage wertlos.

* **Ostdevisen** wurden heute von der halbamtlichen Kommission wie folgt notiert: Auszahlungen: Bukarest 21 004 G., 21 306 B., Rep. 100 pCt., Kattowitz 429 T. G., 441 T. B., Rep. 100 pCt., Riga 796 950 Geld, 813 050 B., Rep. 100 pCt., Reval 10 543 G., 10 757 B., Rep. 100 pCt., Kowno 420 750 G., 429 250 B., Rep. 100 pCt. — Notennotierungen: Polnische Mark 409 T. G., 431 T. B., Rep. 100 pCt., Lettischer Rubel 741 000 G., 779 000 B., Rep. 100 pCt., Estnische Mark 9950 G., 10 050 B., Rep. 100 pCt., Lit 407 500 G., 428 500 B., Rep. 100 pCt.

Devisen- und Banknotenkurse.

(In Millionen Mark.)

Bankdiskont.		29. 1 Geld	Brief	● 28. 1. Geld	Brief	29. 1 Geld	Brief	● 28. 1. Geld	Brief
90	Deutschland.	Devisen				Banknoten			
4½	Holland ..	1566075	1573925	1556100	1563900	1566075	1573925	1552110	1559890
5	Dänemark.	671318	674682	671318	674682	669323	672677	662340	665660
5½	Schweden.	1103235	1108765	1088273	1093727	1101240	1106760	1082288	1087712
5	Norwegen.	558600	561400	557578	570422	560595	563405	561591	564407
4	Finnland.	104737	105263	104086	105514	104239	104761	104480	105012
4	Schweiz .	724185	727815	723198	726812	723198	726812	723188	726812
—	Argentinien	1356600	1363400	1356600	1363400				
9	1000 D-Dest.	59531	59649	59531	59649	57855	58145	58354	58646
16	1000 Ungarn	144138	144862	144138	144862	85785	86215	89775	90225
5	Tschechosl.	120946	121554	121944	122556	119700	120300	120448	121052
5	Spanien ..	528675	531325	528675	531325	526680	529320	525683	528317
7	Japan ...	4189500	4210500	4189500	4210500	4189500	4210500	4189500	4210500
5½	Belgien...	173565	174435	172568	173432	171570	172430	168578	169422
4½	England ..	17955000	18045000	17755500	17844500	17955000	18045000	17755500	17844500
5½	Frankreich.	195510	196490	192288	193212	193198	194102	193518	194482
5½	Italien ...	184288	185212	183540	184460	189525	190475	189525	190475
6½	Bulgarien .	30174	30326	29925	30075	28728	28872	28429	28571
—	Rumänien.					19950	20050	20449	20551
—	Jugoslaw..	47975	48221	47979	48221	46484	46716	46484	46716
—	Japan ...	1865325	1874675	1865325	1874675				
—	Rio Janeiro	456850	461150	458850	461150				
—	Portugal ..	128677	129323	128677	129323				

* **Amsterdam**, 29. Januar, 10 Uhr 56 Min. (Privat-Telegramm der Rotterdamschen Bankvereeniging.) London 11,435, Berlin 0,64, New-York 268,25, Paris 12,475, Brüssel 11,10, Kopenhagen 42,875, Kristiania 36,25, Stockholm 70,50, Zürich 46,325, Buenos Aires 88,25.

* **Ueberseewechselkurse der Deutsch-Südamerikanischen Bank.** Buenos Aires, 28. Januar. Kabelauszahlung New-York: 100 USA.-Doll. = 134,70 Goldpesos, London: 1 Goldpeso = 42 d. — Rio de Janeiro, 28. Januar. Kabelauszahlung New-York: 1 USA.-Doll. = 9 Milreis, Kabelauszahlung London: 1 Milreis = 6 3/64 d.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 29. Januar.

Im Zusammenhange mit dem heute stattfindenden fünften allgemeinen deutschen Saatenmarkt, dem bei ausserordentlich starkem Besuch auch die Berliner Produktenhändler beiwohnten, war der Börsenverkehr sehr still. Die Tendenz war, ebenso wie an dem ersteren, auch hier schwach, für Getreide zeitweise vielleicht noch in höherem Grade, da einzelne Bestandsverkaufsaufträge vorlagen. Die Nachfrage war sehr vorsichtig, und Preise stellten sich für Weizen wie Roggen wieder niedriger. Auch Erbse lag lustlos, einiges ist in mittleren Qualitäten etwas billiger geworden. Im Hafergeschäft hat sich nichts zum Besseren geändert. Mehl aus der Provinz, teilweise auch aus Schlesien, vermehrt angeboten.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	29. 1.	28. 1.		29. 1.	28. 1.
Weizen, märkischer	147–150	155–151	Weizenkleie, tr. Bln.	7,30	7,40-7,60
- pommerscher ...	—	—	Roggenkleie, fr. Bln.	6,40-6,50	6,50-6,60
Roggen, märkischer	127–129	133–131	Raps	280–285	280 285
- pommerscher ...	125–127	—	Leinsaat.....	4,25	4,25
- westpreussischer	124–126	—	Viktoria-Erbsen ...	30–32	33–34
Gerste, Braugerste	154–162	154–162	Kleine Speiseerbsen	16–20	17–21
- Futtergerste ...	140–150	—	Futtererbsen	11–13	11–13
Hafer, märkischer..	100–105	101–107	Peluschken	12–14	12–14
- pommerscher ..	90–98	93–101	Ackerbohnen	12–14	12–14
- westpreussischer	—	—	Wicken	16–18	16–18,50
Mais, loco Berlin			Lupinen, blaue....	13–14	13–14
Waggonfrei Hbg..	166	167–168	Lupinen, gelbe....	15–16,50	15–17
Weizenmehl 0,10 kg tr. Bln. brutto incl. Sack (Feinst. Mark. über Notiz)	22,50–25	22,75–25	Seradella	14–15,50	14,50–16
			Rauskuchen	10–10,40	10,50–11
			Leinkuchen.....	22,00	22–23
			Trockenschnitzel ..	7,50-7,80	7,50-7,80
Roggenmehl 0,100 kg frei Berlin, brutto incl. Sack	20,50–22	20,75–22	vollw. Zuckersch.	17,50–18	17,50–18
			Tormelasse 30/70..	—	—
			Kartoffelflocken ...	16,10–16	61,30-16

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon pro 1000 kg (in Goldmark oder Rentenmark): Hafer 120–124, Roggenkleie 68.

Heu und Stroh. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Grosshandelspreise pro 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh, 0,45—0,50, desgl. Haferstroh, 0,35—0,50, desgl. Gerstenstroh 0,35—0,50, Roggenlangstroh 0,35—0,45, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,35—0,45, Häcksel 1,05—1,25, handelsübliches Heu 0,85—1,05, gutes Heu 0,95—1,35.

* **Der fünfte allgemeine deutsche Saatenmarkt** fand am 29. Januar in Berlin in den Sälen des Zoologischen Gartens statt. Ein gewaltiger Andrang der Provinz- und hiesigen Interessenten stand wenig im Einklang mit den vergleichsweise spärlichen Umsätzen. Die auswärtigen Besucher hatten in der Hauptsache starkes Angebot mitgebracht. Angesichts der schon seit einiger Zeit flauen Tendenz des Produktenverkehrs und der seither weichenden Preise fehlte es durchaus an Kaufneigung, so dass sich die geforderten und noch mehr die gebotenen Preise weiter senkten. Das vorliegende Material an Sämereien wies zum Teil vorzügliche Qualitäten auf, aber das hat die Kaufvorsicht nicht gemindert. Die Preise für seidefreie Ware pro 50 kg waren in Rotklee 70—90 M., für Weisskleie 130—190 M., Gelbklee 25—38 M., Schwedenklee 45—60 M., Wundklee 80—92 M., Luzerne 60—70 M., Inkarnatklee 22—28 M., Ryegrass 25—40 M., Thymotee 35—48 M. Für die stark angebotene Serradella behaupteten sich die Preise bei einem Abschlag von weiter 50 Pf. auch nicht voll, dasselbe war für Lupinen und Oelkuchen der Fall. Einige Frage zu billigeren Preisen bestand nach Kartoffelflocken. Weizenkleie blieb stetig. Roggenkleie flau. Einiger Nachfrage hierfür bestand per Märzlieferung. Erbsen viel angeboten und weiter gewichen. Viktoriaerbsen 30—32, kleine Erbsen 16—20 M.

Metallpreise in Berlin (f. 1 kg in M.)

	29. Januar	28. Januar
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz: Elektrolytkupfer wire bars f. 100 kg in M.)	123,00	123,00
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,3 pCt. Januar . .	1,07—1,09	1,07—1,09
Originalhüttenweichblei	0,54—0,56	0,56—0,58
Originalhüttenzink (Pr. f. freien Verk.)	0,62—0,63	0,63—0,64
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverbandes) nominell (für 1 kg in M.) .	—	—
Remelted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit	0,52—0,53	0,51—0,53
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt. in Blöcken, Walz- und Drahtbarren . . .	2,00	2,00
desgl. in Walz- und Drahtbarren, 99 pCt. .	2,10	2,10
Banka-, Straits-, Australz, in Verkäufersw.	4,50—4,55	4,65—4,70
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	4,40—4,55	4,30—4,35
Reinnickel, 98—99 pCt	2,30—2,40	2,30—2,40
Antimon-Regulus	0,67—0,69	0,65 0,67
Silber in Barren, ca. 990 fein	87,50—88,00	87,50—88,00

Berliner Edelmetallpreise um 1 Uhr in Mark per kg fein. (Vom Bankhause Hauer, Würzburger & Co., Komm.-Ges. a. A., Berlin.)

	29. Januar	28. Januar	25. Januar	24. Januar	23. Januar
Silber	87—87½	87—87½	87—87½	87—87½	86½—87
Gold	2888—2887,5	2812,5—2837,5	2812,5—2837,5	2412½—2837½	2812—2825
Platin	15 300—15 400	15 300—15 400	15 300—15 400	15 300—15 400	15 300—15 400

* **London**, 28. Januar. Privatdiskont 3 7/16. Silber per Kasse 33 3/16, per 3 Monate 33½. Gold 97,1.

* **Notierungen der Magdeburger Zuckerbörse.** Preise für Zuckerraffinade (ausschliesslich Verbrauchssteuer und Sack) für 50 kg netto ab Verladestelle Magdeburg bei Mengen von mindestens 250 Ztr. gemäss Meile bei Lieferung von 10 Tagen 23¼—24½ Goldmark. Von vier Wochen 24½ Goldmark.

* **Zweckverband der Metallindustrie der besetzten Gebiete.** Im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie des alt- und neubesetzten Gebiets wurde in Düsseldorf ein Zweckverband der Metallindustrie der besetzten Gebiete gegründet. Seine Aufgabe ist es, die sich aus den Vorschriften der Besatzungsbehörden ergebenden Maßnahmen einheitlich zu behandeln und die Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Wiederaufnahme eines geordneten Wirtschaftslebens entgegenstehen.

* **Deutschland drittgrösster Käufer amerikanischer Waren.** Nach der vorläufigen Berechnung des amerikanischen Handelsdepartements führte Deutschland im Jahre 1923 aus Amerika Waren im Werte von 312 Millionen Doll. ein, oder pro Kopf der deutschen Bevölkerung für etwa 5 Doll. Somit steht Deutschland als drittgrösster Kunde Amerikas da, denn England figuriert mit 828 Millionen und Canada mit 460 Millionen Doll. Hinter Deutschland folgen Frankreich mit einer Einfuhr von 261 Millionen Doll., sodann Japan mit 252 Millionen.

* Jahresgebühren für Patente.

Von
Patentanwalt **Albert Elliot** (Berlin).

Mit der neuesten Fassung der Zahlungsbestimmungen hat das Patentamt endlich eine Härte beseitigt, welche in vielen Fällen unverschuldet grosse Verluste hervorrief. Nach den ursprünglichen Bestimmungen des Patentgesetzes war für eine 1. Jahresgebühr überhaupt nur die Frist der Auslegungszeit von zwei Monaten massgebend. Wurde die Gebühr einen Tag zu spät eingezahlt, so galt das Patent als zurückgenommen. Für die folgenden Jahresgebühren waren jeweils sechs Wochen Zahlungsfrist vorgesehen und zwar die ersten sechs Wochen nach Fälligkeit ohne Zuschlag und die weiteren sechs Wochen mit Zuschlag.

Wohl hat auch damals nach Ablauf der ersten sechs Wochen das Patentamt regelmässig an die Zahlung erinnert, aber eine Verpflichtung für eine solche Erinnerung bestand nicht und rechtliche Folgen konnten sich an diese Erinnerung oder deren Unterlassung auch nicht knüpfen.

Heute ist die Wochenberechnung beseitigt und die Monatsberechnung für die Termine an ihre Stelle getreten. Damit ist die Terminführung ganz erheblich vereinfacht. Für alle Jahresgebühren ist eine Einzahlung ohne Zuschlag innerhalb zweier Monate nach dem Fälligkeitstage möglich. Für alle Jahrestaxen wird aber, wenn die Gebühr nicht innerhalb der Frist eingezahlt ist, dem Patentinhaber vom Patentamt eine Mitteilung zugestellt, wonach die Gebühr nur noch mit Zuschlag eingezahlt werden kann. Diese Zustellung ist massgebend für die Erhaltung des Patentes. Kein Patent kann mehr verfallen, bevor das Patentamt Mitteilung gemacht hat, und dann besteht immer noch ein Monat Frist, in welcher Zeit die Gebühr mit Zuschlag entrichtet werden kann. Wohl ist bereits durch Verordnung vom 10. September 1914 die Möglichkeit geschaffen worden, Patente, bei welchen die rechtzeitigen Gebührenzahlungen infolge des Krieges oder durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert wurden, durch nachträgliche Zahlung der Gebühr wieder aufleben zu lassen. Diese Bestimmungen blieben auch heute noch in Kraft und sie haben in vielen Fällen wohltätige Wirkungen gezeigt.

Allerdings muss bei Inanspruchnahme dieser Bestimmungen der Nachweis erbracht werden, dass die rechtzeitige Zahlung durch unabwendbare Hindernisse vereitelt wurde, und das Patentamt hat auch in der Beurteilung der Sachlage bisher weitgehendstes Entgegenkommen bewiesen. Die neuesten amtlichen Bestimmungen über Gebührenzahlungen sind aber eine weit grössere Verbesserung, weil sie den Verfall des Patentes an eine bestimmte Handlung des Patentamtes selbst knüpfen.

Da die Gebührenzahlungen jetzt in Goldmark zahlbar sind, hat man auch endlich Klarheit über die Höhe derselben gewonnen, und auch hier hat das Patentamt Rücksicht auf die Zeitverhältnisse genommen, indem Anmeldegebühren und Taxen der Anfangsjahre verhältnismässig niedrig gehalten sind.

* **Die Frachtermässigungswünsche der Industrie.** Im Verkehrsausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde die für die Industrie unter den gegenwärtigen schwierigen Absatzverhältnissen besonders bedeutungsvolle Frage der Ermässigung der Eisenbahnfrachten besprochen. Auf Grund dieser Erörterung wird wahrscheinlich der Gesamtvorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichsverkehrsministerium eine beschleunigte weitere Herabsetzung der Frachtsätze über die inzwischen erfolgte ungenügende Ermässigung um 8 pCt. hinaus beantragen und zwar im Rahmen der Klasse A—D um weitere 20 pCt. und im Rahmen der Klasse E—F um weitere 10 pCt. Für Kohlen soll eine weitere Frachtermässigung um 25 pCt. beantragt werden. Der Reichseisenbahnrat wird sich voraussichtlich in der nächsten Woche mit den Anträgen der Industrie befassen. Wie verlautet, ist das Reichsverkehrsministerium einer Frachtermässigung für Kohle nicht abgeneigt. Der neue Seehafentarif, der für den Verkehr mit den Seehäfen besondere Frachtermässigungen bringen soll und dessen Sätze noch nicht bekannt sind, soll jetzt, wie wir hören, ab 15. Februar in Kraft treten.

* **Beratungen über die Kreditverhältnisse.** Gestern fand, wie wir hören, unter dem Vorsitz des Finanzministers Luther eine Sitzung statt, in der die Kreditverhältnisse besprochen wurden. Anwesend waren u. a. der Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpräsident Schacht und Vizepräsident v. Glasenapp, verschiedene Reichsverbände und Vertreter der Privatbanken. Reichsbankpräsident Schacht hob hervor, dass angesichts der grossen Kreditnot alles getan werden müsse, um die Kredite zu verbilligen. Die heutigen Zinssätze seien auf die Dauer zu hoch. Die dritte Wechselunterschrift, die bisher für Diskontierungen bei der Reichsbank von einer Privatbank gegeben werden musste, soll möglichst bald wegfallen. Den Banken und Genossenschaften sei dringend zu raten, ihre Betriebe produktiver zu gestalten und den übergrossen Apparat abzubauen, um hierdurch ebenfalls verbilligend zu wirken. Die Reichsbank will die Kreditgewährung, die bisher im Reiche von den Reichsbanknebenstellen vorgenommen worden ist, in Zukunft bei der Hauptstelle zentralisieren. Reichbankpräsident Schacht forderte, dass die Leitung der Diskontpolitik lediglich bei der Reichsbank liegen müsste.

* **Kopfsteuer auf den Börsenbesuch.** Wie wir hören, liegt dem Reichsrat ein Gesetzentwurf über die schon mehrfach geplante und angekündigte Kopfsteuer für den Börsenbesuch vor. Die neue Steuer wird monatlich eine Million Goldmark aufbringen und ist als Umlagesteuer gedacht. Der gesamte Betrag des Steuersolls wird nach einem Verteilungsschlüssel, der sich nach der Zahl der zugelassenen Besucher an den Börsen bestimmt, auf die einzelnen Plätze umgelegt. Für die Berliner Börse rechnet man mit einem Satz von 55 pCt. dieser Summe, Frankfurt am Main soll 10 pCt. des Betrages aufbringen. Die Börsenvorstände der einzelnen Plätze werden gewissermassen als Steuerorgane fungieren und sollen die ihnen zugewiesene Steuerschuld ihrerseits auf die einzelnen Börsenbesucher umlegen.

* **Lehrer v. Siemens-Gruppe.** Die Lehrer v. Siemens-Gruppe, Vereinigte Baustoffindustrie Komm.-Ges. a. A. in Düsseldorf hat durch ihre bayerische Spitzenorganisation, die Süddeutsche Bau- und Industrie-Gruppe Akt.-Ges. in München sämtliche Anteile der Bayerischen Wald- und Kraftwerke erworben.

* **Evag-Konzern.** Die Verwaltung der Erdöl- und Kohle-Verwertung Akt.-Ges. (Evag) genehmigte den Abschluss einer Interessengemeinschaft mit der Distillers Co. Ltd. Edinburgh, und der Prodor-Aktiengesellschaft, Genf. Es handelt sich hier um die internationale Verwertung der seit mehreren Jahren in den Grossversuchswerkstätten der Evag und bei der Prodor-Gesellschaft auf gleichem Gebiet ausgebildeten Verfahren zur Verzuckerung von Holz zwecks Gewinnung von Spiritus durch Vergärung. Zu diesem Zweck wurde die International Sugar- and Alcohol-Co. Ltd. in London mit einem Aktienkapital von 250 000 Pfd. Sterl. begründet, an der die genannten Gesellschaften beteiligt sind.

* **Frankfurter Lloyd-Versicherungs-Treuhand-Gesellschaft,** Frankfurt a. M. Der Agrippina-Konzern hat in Frankfurt am Main eine neue Versicherungsgründung vorgenommen. Gegenwärtiges Kapital von 100 000 Goldmark, die mit 25 pCt. eingezahlt sind, errichteten Unternehmens ist der Betrieb von direkten und indirekten Transportversicherungen. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Herren Konsul Ph. Farnsteiner, Generaldirektor der Agrippina-Gruppe in Köln a. Rh., Regierungsrat a. D. Dr. Th. Beiser, Frankfurter Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Christian Hachtel, Direktor der Agrippina-Gruppe in Frankfurt. Eine Erweiterung des Aufsichtsrats soll in nächster Zeit erfolgen; führende Persönlichkeiten der Frankfurter Industrie und des Handels hätten bereits ihre Zustimmung gegeben.

* **Neue Zusammenschlussbestrebungen im Versicherungsgewerbe.** Alsbald nach der Feuerversicherungsvereinigung haben sich, wie die „Frankf. Ztg." erfährt, einzelne grössere Gruppen von Versicherungsgesellschaften zu einer ersten Abrede gegen die gegenwärtige Konkurrenzierung zusammengefunden. Es handelt sich um die Gruppe der Aachen-Münchener, der Allianz und um die gesamte Unitas-Gruppe, der die Schlesische Polonia und die Oldenburgische, die Vaterländische und im gewissen Anschluss daran Gothaer Feuerversicherungs-Gesellschaft angehören. Bestrebungen, die zu dem Abkommen zusammengetretenen Kreise zu erweitern, dauern an.

* **Annweiler Email- und Metallwerke vorm. Franz Ullrich Söhne** in Annweiler/Pfalz. Die Gesellschaft musste, wie in dem diesjährigen Geschäftsbericht mitgeteilt wird, infolge der durch die Ruhraktion hervorgerufenen Verkehrsstörungen, insbesondere

dadurch, dass die Zufuhr von Rohmaterialien und jede Versandmöglichkeit fast gänzlich unterbunden war, sämtliche Betriebsabteilungen Anfang Februar 1923 stillegen. Erst im November konnte der Betrieb, jedoch in nur sehr beschränktem Umfange, wieder aufgenommen werden. In dem am 30. Juli 1923 abgelaufenen Geschäftsjahr betrug der Ueberschuss 474 063 727 M. (i. V. 1 650 795 M.). Die Verwaltung beantragt, denselben teils dem Spezialreservefonds zu überweisen, teils auf neue Rechnung vorzutragen. Eine Dividende gelangt in diesem Jahre nicht zur Ausschüttung (i. V. 20 pCt.).

Interessengemeinschaft in der Nordhausener Textilindustrie. Die Baumwollweberei und Baumwollwarengrosshandlung L. J. Warburg, Nordhausen, mit Niederlassungen in Berlin und Frankfurt a. M., hat laut „Konfektionär" mit der Wäschefabrik Martin Blumenthal, Nordhausen, eine Interessengemeinschaft geschlossen, die insbesondere einer Vereinheitlichung der Verkaufsorganisation dienen soll.

Ermässigte Einkommensteuervorauszahlung für den Textilgrosshandel. Auf Grund der gestern im Reichsfinanzministerium erfolgten Besprechungen zwischen den zuständigen Ressorts und den Spitzenverbänden des Textilgrosshandels soll, wie der „Konfektionär" erfährt, mit Zustimmung des Reichsfinanzministers der für die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer per 1924 vorgesehene Satz von 2 pCt. auf ¾ pCt. ermässigt werden.

 # Gewerkschaft Hedwigsburg, Kaliwerk Neuhof. Nach Verhandlungen, die über zehn Jahre dauerten, ist dem Kaliwerk Neuhof vom Bezirksausschuss Kassel eine Erhöhung seiner Abwässerkonzession zugebilligt worden, welche für das ganze Unternehmen von der grössten Bedeutung ist. Neuhof ist für die Folge danach in der Lage, nicht nur seinen eigenen Bedarf, sondern auch die Bedarfe der verschiedenen Werke, an denen Hedwigsburg-Neuhof in erheblichem Umfange beteiligt ist, zu verarbeiten. Im ganzen dürfte die neue Konzession eine Erhöhung der Produktions- resp. Fabrikationsfähigkeit auf ca. 25 000 Doppelzentner pro Tag ermöglichen.

 # Kalindustrielle gegen zu hohe Braunkohlenpreise. Die Pressestelle der dem Revier Halle des Deutschen Kalivereins angeschlossenen Kaliwerke schreibt uns: Wiederholt ist in den letzten Tagen die Forderung durch die Presse gegangen, dass eine Verminderung der Preise für Braunkohlenerzeugnisse eintreten müsse, insbesondere müssen die Preise für Rohbraunkohle, die zum grossen Teil den Brennstoffbedarf der weiter verarbeitenden Industrien in Mitteldeutschland deckt, den Friedensverhältnissen angepasst werden. Es sei daran erinnert, dass 10 To. mitteldeutscher Rohbraunkohle heute 43 Goldmark kosten, während im Frieden der Preis für Tagebaukohle etwa 18—20 M. war und für Tiefbaukohle etwa 25—26 M. betrug. Heute ist also der Preis, wenn man als Friedensgrundlage den Durchschnitt zwischen Tagebau- und Tiefbaukohle annimmt, um etwa 80 pCt. höher als im Frieden.

In den letzten Tagen hat sich zur Begründung solcher Preisstellung der Reichskohlenverband in einem Schreiben an einen Industrieverband in folgender Weise geäussert. Ein Vergleich mit den Friedenspreisen kann nicht stattfinden, denn die kurz vorden verlangten Preise seien Kampfpreise gewesen. Diese Begründung kann nicht als stichhaltig anerkannt werden. Denn auch vor der Auflösung des Braunkohlensyndikats sind die oben angegebenen Preise eingehalten worden und von einer Reihe von Werken, die den Preisvereinbarungen nicht beigetreten waren, wurden sogar noch günstigere Lieferungsverträge abgeschlossen, die auch nach Aufhören des Syndikats nicht wesentlich unterboten wurden. Ausserdem war es für die Wirtschaft letzten Endes gleichgültig, welcher Art die Preise waren, die sie bezahlte. Für sie war ausschlaggebend, wie hoch diese Preise waren, und es ist nicht anzunehmen, dass die Braunkohlenindustrie ihre Produkte jahrelang unter ihren Gestehungskosten abgegeben hat. Jedenfalls haben die bedeutenderen Werke normale Dividende ausgeschüttet.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass in den jetzigen Preisen z. B. die Umsatzsteuern und der Ausschlag für den Handel einkalkuliert seien. Soweit uns bekannt ist, muss die Umsatzsteuer auch von allen anderen Industrien in gleicher Höhe gezahlt werden und trotzdem sind die Preise für die Produkte dieser Industrien, wie z. B. bei Düngemitteln, bereits unter Friedensparität gesunken. Was den Aufschlag für den Handel anbelangt, so müssen andere Industrien aus dem erzielten Preise ebenfalls die Vergütung an den Grosshändler bezahlen, und es ist dies auch von dem Kriege schon so gewesen. Ausserdem fliesst gerade bei der Braunkohle ein grosser Teil des Händlerumsatzes wieder dem Produzenten zu dadurch, dass die einzelnen Werke selbst wieder Handelsgesellschaften gebildet und dadurch verursacht haben, den fremden Grosshändler auszuschalten und den Handelsnutzen wieder zu sich zurückfliessen zu lassen. Richtig ist, dass ein besonderer Betrag für Bergarbeiterheimstätten im Preise enthalten ist. Dieser ist aber prozentual so gering, dass er nicht ausschlaggebend ist für die jetzt durchaus unangemessen hohen Preise.

Zusammenfassend wird in der Zuschrift der Kaliindustriellen gesagt, dass bisher noch von keiner massgebenden Stelle der Braunkohlenindustrie ein durchschlagender Beweis dafür gegeben worden ist, durch den die heute über 80 Prozent gegenüber den Friedensständen höheren Kohlenpreise gerechtfertigt erscheinen. Deshalb muss immer wieder die Forderung erhoben werden: Herunter mit den Kohlenpreisen auf den Friedensstand! Erst dann wird eine Verbilligung der gesamten Produktion in Industrie und Landwirtschaft, eine Ermässigung der Güterfrachten möglich sein. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, das begonnene Werk der Stabilisierung der Mark und die Gesundung der Währung und der Volkswirtschaft durchzuführen.

 # Wo bleibt die Monatsstatistik der Banken und Sparkassen über ihre Einlagen? Vor dem Kriege haben die Banken bekanntlich Zweimonatsbilanzen veröffentlicht, aus denen man die Veränderungen in Status der Banken erkennen konnte. Die Statistik der Sparkassen über ihre Einlagenbewegung war von jeher sehr mangelhaft. Die Statistik, die beispielsweise der Sparkassendirektor Reusch veröffentlicht hat, umfasste nur einen Teil der Sparkassen. Eine genaue Statistik über die Bewegung der Einlagen bei Banken und Sparkassen ist aber um so wichtiger, je mehr das Sanierungswerk in Deutschland fortschreitet, und je mehr die Fortschritte der Sanierung zur Stärkung des Vertrauens sowohl dem deutschen Publikum, als auch dem Ausland zur Kenntnis gebracht werden müssen. Aus dieser Erkenntnis heraus veröffentlichen die Wiener Grossbanken schon seit längerer Zeit monatlich den Stand ihrer Einlagen. Eine ähnliche Statistik existiert in der Tschechoslowakei. Die Banken würden keine Geschäftsgeheimnisse preisgeben, wenn sie den Stand ihrer Debitoren monatlich mitteilen würden. Es würde durchaus genügen, wenn beispielsweise monatlich der Einlagenbestand der Stempelvereinigungsbanken in einer einzigen Ziffer zusammengefasst zur Publizierung erlangen würde. Auch für die Sparkassen scheint nunmehr die Zeit gekommen, an eine gründliche Reform ihrer Statistik zu gehen. Es sollte zum mindesten möglich sein, dass die Sparkassen in den wichtigsten Grossstädten Deutschlands ihren Einlagenbestand der Berliner Zentrale so rechtzeitig mitteilen, dass von hier aus eine Veröffentlichung erfolgen könnte, die noch Aktualitätswert besitzt. Vielleicht weisen die zuständigen Ministerien die Banken und Sparkassen auf diese Aufgabe hin.

 # Zu den Differenzen zwischen Otto Wolf und der Sowjetregierung, über die wir gestern abend bereits berichtet haben, meldet die amtliche Nachrichten-Agentur Rosta aus Moskau folgende Einzelheiten: Bekanntlich hatte sich der Mitbegründer der Russgertorg, der Wolf-Konzern, verpflichtet, die ihm von der russischen Regierung als Kredit zur Verfügung gestellten 7½ Millionen Goldrubel im Laufe des letzten Jahres zurückzuzahlen. Durch die Ruhrbesetzung, die den Wolf-Konzern verhinderte, Warenlieferungen auszuführen, wurden auch die Finanzen des Russgertorg untergraben. Deswegen gewährte die Sowjetregierung weitgehende Erleichterungen in den Konzessionsbedingungen. Um wenigstens teilweise eine Sanierung der Russgertorg herbeizuführen, übernahm die Sowjetregierung die Garantie für einen bei deutschen Banken aufgenommenen Kredit von einer halben Million Goldrubel. Infolge dieser Massnahme erreichte die Russgertorg einen Umsatz von 6 Millionen Goldrubeln, woraus sich ein Reingewinn von 1 200 000 Goldrubeln ergab. Nachdem der passive Widerstand an der Ruhr eingestellt war, forderte die Sowjetregierung vom Wolf-Konzern die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen. Nach eingehenden Verhandlungen traf am 6. Januar ein Vertreter des Wolf-Konzerns in Moskau ein, der offiziell erklärte, der Konzern betrachte seine Kreditverpflichtungen durch nichtverfolgte rechtzeitige Verwertung für ausser Kraft gesetzt; wenn die Sowjetregierung dies anerkennen und nach dem Vorschlag von Otto Wolf drei weitere deutsche Firmen zulassen wolle, so werde der Wolf-Konzern seinerseits mit diesen Firmen Verhandlungen über die Gewährung von Warenkrediten an die Russgertorg einleiten. Es wurde hierbei vom Vertreter des Wolf-Konzerns angedeutet, dass man dann eine Revision der vertraglichen Kreditbedingungen vornehmen würde, indessen weigerte sich der Vertreter, die Höhe der etwaigen neuen Kredite zu nennen. Die Sowjetregierung konnte deshalb einen derartigen Vorschlag nicht zulassen, der ausserdem einer Legalisierung der ertragreichen Kommissionstätigkeit der Russgertorg gleichgekommen wäre, wodurch wieder die volkswirtschaftliche Zweckmässigkeit derartiger Konzessionen in Frage gestellt würde. Die Sowjetregierung forderte also die Erfüllung der Vertragspflichten als Voraussetzung weiterer Verhandlungen, widrigenfalls sie den Vertrag lösen müsse. Der Wolf-Konzern zog letzteres vor, wobei er seinen Vorschlag, den Konzessionsvertrag auf eine andere Grundlage zu stellen, nicht etwa mit der Unmöglichkeit weiterer Kreditgewährung, sondern mit dem Hinweis auf angebliche Schwierigkeiten in der Arbeit der Russgertorg in Sowjetrussland begründet. In Wirklichkeit hat die Sowjetregierung vereinzelte Fälle, in denen von seiten der Russgertorg Beschwerden gegen Handlungen unterstellter Behörden vorgebracht wurden, stets unverzüglich zugunsten der Gesellschaft erledigt, was übrigens Otto Wolf seinerzeit in der „Kölnischen Zeitung" öffentlich anerkannt hat. Die Sowjetregierung glaubt, aus der Verzicht des Wolf-Konzerns entweder seinen Grund in finanziellen Schwierigkeiten findet, oder dass politische Einflüsse am Werke sind. Sie hat ihre Berliner Handelsvertretung beauftragt, ihrerseits dem Wolf-Konzern die sofortige Lösung des Vertrags vorzuschlagen. Die Antwort des Konzerns wird für weitere Schritte der Sowjetregierung ausschlaggebend sein.

 # Ein Gesetz zur Vermehrung der Bankeinlagen in Prag. Unser Prager Korrespondent telegraphiert uns: Da im Laufe des letzten Jahres mehrere tschechische Banken infolge Geschäftsunkenntnis ihrer leitenden Beamten und auch infolge betrügerischer Manipulationen fallit geworden sind, wobei Verluste von etwa 200 Millionen Kronen entstanden, ging die Regierung mit dem seit längerer Zeit gefassten Plan um, ein Gesetz zur Vermehrung der Bankeinlagen zu schaffen. Nach den bisherigen Mitteilungen soll ein allgemeiner Fonds der Geldinstitute in der Tschechoslowakei errichtet werden. Mitglieder dieses Fonds sollen die öffentlich-rechtlichen Geldinstitute und andere Finanz- und Kreditunternehmungen sein, die Einlagebücher ausgeben bzw. Einlagen auf laufende Rechnung entgegennehmen. Der Fonds wird aus Beiträgen dieser Mitglieder und aus Beiträgen der Einleger sowie aus den Zinsen des zu tilgenden eigenen Kapitals bestehen. Der Fonds wird von einem zu diesem Zweck besonders zu ernennenden Kuratorium unter dem Vorsitz eines Organs des Finanzministeriums verwaltet werden. Das oberste Rechnungskontrollamt wird die Kontrollfunktionen ausüben. Für die Beiträge der Mitglieder, das heisst für die Festsetzung ihrer Höhe, werden die in den Bilanzen angewiesenen Reingewinne der Unternehmungen massgebend sein. Zu diesem Zweck werden die Fondsmitglieder verpflichtet sein, jährlich Bilanzen vorzulegen. Die Mittel des Fonds werden zur Unterstützung der Fondsmitglieder verwendet werden, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, wenn die eigene Reserve der Geldinstitute zur Deckung der Verluste nicht hinreicht. Die Gewährung der Unterstützung ist an die mehrjährige Mitgliedschaft gebunden, und die Form der Unterstützung soll einestels eine langjährige Anleihe sein, andernteils eine Geldaushilfe unter der Bedingung der Rückstellung aus künftigen Gewinnen. Durch dieses Gesetz werden aber den soliden Bankunternehmungen schwere Lasten auferlegt werden, die als Prämien jenen Banken zugute kommen, deren Geschäftsführung die nötige Erfahrung entbehrt.

 # 90 000-Pfd.-Sterl.-Anleihe der Württembergischen Elektrizitäts-Akt.-Ges. in Stuttgart. Das Unternehmen hat bekanntlich im Oktober 1923 eine 120 000-Pfd.-Sterl.-Anleihe aufgelegt, deren Erlös zum Ausbau des Strubklammwerkes, einer Wasserkraft von rund 10 000 PS. der Stadt Salzburg bestimmt war. Die Städtischen Elektrizitätswerke Salzburg, die aus der bisher bestehenden Anlage von ca. 7000 PS. bereits umfangreiche Strommengen nach Bayern abgeben, werden aus dem der Vollendung entgegengehenden Strubklammwerk diese Lieferungen nach Deutschland noch erheblich steigern. Zur weiteren Unterstützung dieser Stromlieferungen und zur Versorgung des Landes Salzburg hat die Salzburger Aktiengesellschaft für Elektrizitätswirtschaft, an der die Württ. Elektr. Ges. bereits stark interessiert ist, das sogenannte Bärenwerk bei Fusch mit einer Leistung von 10 700 PS. und einer Jahreskraftmenge von rund 40 Millionen KWh. in Angriff genommen. Zur Aufbringung der zur Ausführung dieses Werkes erforderlichen Mittel ist die Weag eine neue 90 000-Pfd.-Sterl.-Anleihe heraus. Die Schuldverschreibungen sind in Abschnitten von 2½, 5, 10 und 50 Pfd. Sterl. ausgefertigt. Der Zinssatz ist 7 pCt. Der Zeichnungspreis beträgt 98 pCt., die Rückzahlung erfolgt zu 102 pCt. Von 1929 ab werden jährlich 5 pCt. der Anleihe durch Auslosung oder Rückkauf getilgt. Die Treuhandgesellschaft hat wiederum das englische Bankhaus J. Henry Schröder & Co., London, übernommen. Die Einführung der Anleihe an deutschen Börsen ist in Aussicht genommen.

 # Alexandria, 28. Januar. Baumwolle. Ashmounis per Febr. 42,85 (Vortag: 42,25), Sakellaridis per März 43,88 (43,95), Ashmounis per April 41,85 (41,85), Sakellaridis per Mai 44,08 (44,12), Ashmounis per Nov. 41,75 (42,05).

 # Zur Lage des Bradforder und Tourcoinger Wollmarktes. Wood, Hentzen & Schlundt, Leipzig, 26. Januar. Bradford: Die am 22. d. M. eröffnete 1. Serie der diesjährigen Londoner Kolonialwollversteigerungen, brachte für Merinos bis zu 10 pCt. Aufschlag, und für mittlere und grobe Crossbreds bis zu 15 pCt. Aufschlag über die letzten Londoner Schlusspreise. Unter den zahlreich erschienenen Käufern war der festländische Konsum stark vertreten. Der gute Geschäftsgang und die hohen Rohwollpreise verursachten in dieser Woche eine weitere Erhöhung der Kammzugnotierungen, auch für Kämmlinge. Zugebliebene Kämmlinge werden neue Aufträge gemeldet. Für die bekannten Kammzug Standardqualitäten werden u. a. nachstehende freibleibende Preise genannt:

	Deutsch	Englisch	
	E	44er Kammzug in Oel	24½ d per lb
	D 2	46er „	27½ d per lb
	D 1	48er „	29½ d per lb
	C 2	50er „	29 d per lb
	C 1	58er „	49 d per lb
Crossbred	B	58er „	58 d per lb

trocken gekämmt 7 pCt. Aufschlag, loko Bradford, netto Kasse. — Tourcoing: Im Kammzuggeschäft werden bedeutende Umsätze gemeldet, Kämmlinge und gewaschene Wollen sind ebenfalls stark gesucht, und die Produktion wird fast ausschliesslich vom Inlandskonsum aufgenommen.

 # Britischer Roheisenmarkt. Reichmann & Co., Glasgow, 25. Januar. Verschiedene Eisen- und Stahlwerke mussten ihren Betrieb infolge des Streiks der Lokomotivführer vorübergehend einschränken. Die tägliche Zufuhren von Kohlen einschränken, während verschiedene Zechen wegen Mangel an Kohlenwaggons stillgelegt wurden. In Roheisenmarkt ist es dadurch ruhiger geworden, doch erwartet man erneutes lebhaftes Geschäft nach Beendigung des Ausstandes. Die Notierungen sind: Nr. 1 Middlesbrough Hämatitroheisen 101/—, Nr. 3 Middlesbrough Giesserei-roheisen 98/6, Nr. 4 Middlesbrough Hämatitroheisen 103/—, Nr. 1, 2, 3 Middlesbrough Hämatitroheisen 106/— alles die Tonne fob. Fabrikantenwerft Middlesbrough, Flussgebühren und unsere Kommission extra. Nr. 1 schottisches Giesserei-roheisen 114/6, Nr. 3 schottisches Giesserei-roheisen 109/6 die Tonne f. a. s. Glasgow, Clyde Flussgebühren extra, 1/— die Tonne extra f. a. s. Grangemouth, 2/3 die Tonne extra f. a. s. Leith.

 # „Textilexportwoche". Die soeben erschienene Nr. 1 der neuen Zeitschrift „Textil-Export-Woche" bringt u. a. Berichte über die internationale Rohstofflage, über die Lage deutscher und ausländischer Textilmärkte, über internationale Handelsbeziehungen usw. (Verlag der „Textilwoche", Berlin.)

Kurszettel der Berliner Börse vom Dienstag, den 29. Januar 1924.

Fortlaufend notierte Werte (Ohne Gewähr).

Festverz. Werte		Vorausgehende Kurse		Letzte-K. heut.	vor.
In Milliarden Prozent					
Chil. Schtzw.			4,2	—	—
Bulg. 16 V-V	4%		—	—	—
v.6-9 (kg)	4%		—	—	66
- fall. 24	4%		—	—	—
D. Reichs.-A.	3	181	180	184	184
	4	580	595	625	625
	5%	525	505	550	550
	7%	1100	1125	1250	1250
Pr Schatzanw	5		—	—	—
P. S. 1. 24	5		—	—	—
- 1. 5. 25	6		—	—	—
- hibernia	4%		—	—	—
- sonst.	4		—	—	—
- kons. Anl.	4	650	625	670	—
	5%	575	562,5	595,5	—
	7	825	820	835	—
Bayr. St.-A.	4		1700	1800	—
	5%		1700	1700	—
In Billionen Prozent resp. Mark					
D st. Anl. Vb	6		45,00	49,00	—
Ablösung	4		—	—	—
D st. St-Sch	4%	6,75	6,75	7,375	—
4% kumor Eb			4,50	3,00	—
- Gold-A.	4	11,25	11,80	—	—
- K.-R.			1,75	1,875	—
4% kumor Eb		1,50	1,37	1,30	—
4% Gold M. H		1,50	1,37	—	—
4% Silber			2,30	2,30	—
4% Papier			—	1,75	—
Türk. Zagd.					
Eb.-Anl. I	4	14,00	14,00	14,50	15,00
Türk. Zagd.					
Eb. Anl. 2	4	12,75	12,50	13,25	13,00
- un. 08					
- Zoll A. 11	4	11,50	12,00	11,75	—
- 400 L.			25,90	25,60	—
Ung. St. 13	4%	7,00	6,87	7,25	—
	5	6,50	6,12	6,625	—
- 14	4	10,37	10,10	10,12	—
- Gold-R.	4	8,00	8,80	7,75	—
- St.-R. 10	4	2,50	2,50	2,50	—
- Kr.-R.			7,50	6,25	—
Uss. 06 II	4%		—	—	—
Mex. Ges.		9,25	9,00	9,50	—
Lond. Obl		8,62	8,50	8,75	—
- neu					
Argentinier					
Anl.	5		130,75	123,60	—
Belgien	10	46,87	46,50	47,00	48,50
Bulgarien					
Stadt-Anl.		1,87	1,90	1,87	2,00
Dänemark					
Staatsanl.	6		44,25	40,50	—
Danzig			31,75	31,00	—
Danzig Tal			14,00	14,00	—
Dtsch. Obl.			16,75	16,00	—
Canada	5%	14,00	14,00	15,00	—
Anat. Eis. St		16,50	16,75	16,00	—
- S 2		14,75	14,75	15,00	—

Tehuantep. National			
D.-Austr. Dampf.	6	—	29,00
Hamburg-Amerika P.	30	46,50	45,87	46,00	45,00
Hamburg-Südamer D.	800	50,25	50,00	49,00	47,50
Hansa Dampf.	30	24,00	22,62	22,50	22,00
Kosmos ..	1,80	48,00	48,50	46,50	50,00
Nrdd. Lloyd	30	10,12	10,00	10,00	10,25
Roland. Lin.	60	21,50	22,75	21,50	22,00
Stett. Dampf Vereinigte		6,87	—	7,00	7,00
Ellerschiff	100	6,40	6,25	6,25	6,25
Bank für Brau.-Ind.	25	4,60	—	4,70	4,70
Bank f. elekt. Wert.	30	13,50	13,50	13,37	13,00
Barm. Bankv	100	6,00	5,87	5,80	6,00
Bayr. Hyp.-u. Wechselb.	100	6,12	5,87	5,75	6,00
Bayrische nb	200	4,25	—	4,20	4,25
Berl. Hdl.	300	68,25	—	70,50	70,00
Comm. u. Priv.	100	9,50	9,62	9,75	9,50
Dormstadt u. Nation. Bk.	100	20,75	20,62	20,75	21,00
Dtsch. Bank	100	19,50	19,37	19,50	19,40
Disk.-Kom.	200	22,50	22,37	22,40	22,50
Dresd. Bank	100	12,37	12,67	12,50	12,50
Essener Cre-Ges.	100	5,00	—	4,90	4,50
Gtanatalt	100	4,50	—	4,25	4,25
Lpz. Kred. An.	100	—	—	—	—
Mitteldtsch. Kred.-Bank	100	4,00	3,80	4,30	3,90
Oest. Kredit.	100	0,80	0,75	—	0,80
Wien. Bankv.	100	0,60	0,50	0,50	0,6.
Schles. Bank	100	36,00	35,00	35,75	36,00
Accumulr Hagen ..	25	51,75	55,50	55,50	50,75
Adler ..	100	3,12	3,00	3,12	3,25
Akt. G. f. Anil.	1,000	22,75	—	22,25	22,37
Allg. El. Ges.	25	13,00	14,62	14,62	14,50
Allg. Lok. u. Kr.	100	45,00	45,50	46,00	48,50
Achff. I. u. F.	600	31,00	—	30,00	30,00
Augsb. Nürb.	40	33,50	33,00	33,00	33,50
Bad. Anl. Sd.	1,000	28,50	27,75	28,00	27,75
Basalt Lin.	100	20,75	—	19,62	—
J. Berger Tiefb.	20	7,50	—	7,25	7,00
Bergm. Elkt.	200	22,25	—	22,00	22,00
Bleichr. Masch.	100	11,75	11,50	11,00	11,00
Bl. Burg. Eis.	40	3,00	3,00	3,00	3,00
o.l.-Karlsruh Ind.-Ges.	100	—	—	130,75	123,60
Berl. Masch.	66⅔	20,50	—	19,87	19,50
Bingwerke	100	6,37	—	5,62	6,12
Bochr. Guss.	100	74,00	—	70,00	70,00
Gb. Sahn f. B. C	100	—	—	46,00	45,10
Bud. r. Eisw.	100	24,00	—	23,12	24,10
Buschtiehr. A	70	16,50	—	15,00	15,75
Byk Guldenw	100	3,37	—	3,30	3,40
Calmon Asb.	70	2,00	1,90	1,87	2,00
Charl. Wass.	300	30,00	—	29,75	29,00

Chem. Gries	1000	25,00	—	24,50	26,50
Chm. Heyden	1000	10,00	—	9,90	9,90
Contin. Gummi	100	9,50	9,50	9,00	9,00
Daiml. Motor	1000	4,25	4,20	4,00	4,0
Dess. Gas ..	6	27,00	26,50	26,10	28,00
Deutscher Eisenhandel	70	10,62	—	10,25	10,25
Dtsch. Atl. T.	7	24,50	24,87	24,50	23,50
Dt. Luxemb. Bergwerk	84	60,00	59,50	59,75	58,50
Dt. Erdöl		65,00	64,00	65,00	62,50
D. Kabelwk.	100	2,60	—	2,30	2,30
Dt. Reichsbahn	1000	54,00	—	53,00	53,25
Dt. Maschin.	30,0	11,25	11,00	10,50	11,62
Dt. Werke.		9,50	—	9,75	9,00
- Vollwer.		9,00	—	9,00	9,00
Drahtlos Uebersee	60	13,87	13,50	13,75	13,50
Dyn. A. Nobel	500	21,87	11,25	11,37	11,12
Eisenb.-M.	500	21,00	—	21,00	21,50
Elbert. Farb.	500	26,50	—	26,00	25,20
El. Lieferung	35	23,50	22,50	22,50	23,50
Elektr. Licht u. Kraft	25	14,25	13,75	13,62	13,37
Esseln. Bergw.	55	69,00	70,00	70,00	72,00
Fahlberg, L.	100	7,75	—	7,50	7,62
Feldm. Pap.	300	7,90	7,60	7,60	7,50
Felt. & Guill.	1970	36,25	36,50	36,50	35,10
Fr. Gr. Bergw.	56	65,75	65,00	65,00	64,75
Gas. f. el. Zw.		—	—	—	—
Gesfürel.	100	16,37	16,37	16,37	16,00
J. n. Goldsch.	150	22,75	22,00	22,00	21,75
Görlitzer A.	42	7,60	7,10	7,10	6,75
Gothaer W.	100	5,70	5,25	5,40	5,00
Hackethal ..	100	3,87	4,00	3,80	3,7.
Hammersen	100	12,00	12,20	12,25	12,10
Hanomag	100	—	—	24,75	24,50
Hansa-Lloyd	50	2,00	2,00	1,90	1,90
Harburg. Gum. Phönix	50	3,00	3,00	3,00	3,00
Hartm. Bergw.	50	82,00	80,50	80,50	81,25
Hartmann M.	50	7,25	—	7,25	6,80
Held & Franck	20	3,30	—	3,25	3,00
Herch. Kalk	200	46,50	46,50	46,25	47,00
Höchst. Frb.	300	23,00	22,25	22,75	22,00
Hoesch L. S.	40	39,00	37,00	37,00	38,00
Hotzenl. Wk.	100	37,00	36,75	37,25	37,50
Holzmann	40	2,75	2,75	2,70	2,70
Humb. M.	50	—	34,00	32,00	37,00
Ilse Bergb.	100	37,75	38,00	36,00	36,25
Ilse Genuss	100	11,50	—	11,00	11,10
G. A. F. Kalch.	75	39,50	39,00	39,00	40,00
Kalkwerk Jasch.	20	5,25	4,875	4,37	5,50
Kattowitz Bergbau	100	52,50	—	51,00	51,50
Klein-Schan.	100	21,00	21,00	21,00	20,00
Köln-Neuss	100	58,50	—	57,00	57,00
Köln-Rottw.	100	13,87	13,37	13,37	13,00
Kontin. Gas.	100	14,00	—	13,90	13,5.
Krauss Lok.	100	10,75	—	10,25	10,25
Lahmey & Co	20,0	19,10	18,50	18,50	17,30
Laurahütte	80	22,00	22,37	22,37	22,80

Linke Hofm.	200	34,90	—	32,75	32,75
Lud. Loewe	250	59,75	—	60,00	56,00
C. Lorenz	100	7,62	7,37	7,37	7,37
Mannsm. R.	50	45,00	—	45,00	44,00
Mannfelder Bergbau	150	14,50	—	14,50	14,25
Dr. P. Meyer	150	1,20	1,20	1,12	1,10
Motoren fr. Deutz	3	28,75	28,50	28,50	28,50
Nat. Autom.	10	3,37	3,12	3,12	3,75
Ndd. Wollk.	600	68,00	—	64,00	56,00
G. S. Lind.	100	30,00	30,00	29,5	30,25
- L. d. Caro	200	33,75	33,00	33,00	33,30
- Folsw.	400	68,00	—	71,00	64,12
Orenstein & Koppel	175	25,00	24,00	24,25	24,12
Ostwerke	75	46,50	45,00	45,30	45,12
Phönix Bgb.	84	44,00	43,00	43,12	42,12
Pinge Gebr.	25	2,70	2,50	2,40	2,25
Polyphon ..	200	6,50	—	6,50	6,50
Raiffeisen	200	—	9,25	9,25	9,37
Rheinbrk.	60,0	46,50	43,50	46,50	47,00
- Mot. V.-A.	75	8,62	—	8,50	9,00
- Stahlw.	50	43,00	41,00	41,25	51,25
- Sygas	100	11,00	—	10,10	10,00
Rhen. K. ch. F.	200	13,50	—	12,87	14,00
Riebeck Mt.	400	70,00	69,80	69,80	69,00
A. J. Riedel	100	10,00	9,50	9,18	9,75
Rombach ..	30	23,37	—	23,25	22,67
Rückforth ..	100	2,25	2,00	2,12	2,25
Rütgerwerk	200	24,00	—	23,10	23,75
Sachsenwerk	50	4,12	3,87	3,87	3,75
Salzdetfurth Kali	200	34,00	34,00	34,00	34,00
Sarotti Sch.	50	5,40	—	5,00	5,00
Schaffendi.	75	35,10	—	35,00	35,00
Schles. Bgb.	84	51,50	50,00	50,00	48,75
- Textilwerk	25	6,25	6,25	6,25	5,75
H. Schneider	150	10,75	10,37	10,50	10,12
Schubert & Schuck & C.	65	50,00	—	50,75	79,75
Siegl. Zuling.	100	—	—	—	—
Siemens & H.	50	47,00	—	46,50	37,75
Stett. Vulkan	60	41,50	39,50	39,00	39,00
Stoehrenmg.	200	93,50	90,12	90,00	91,25
Stolberger Zink	200	49,00	—	48,75	46,90
Tel. Berliner	35	8,62	8,00	8,87	8,75
Thür. Gas ..	75	10,25	9,75	9,75	10,00
Leonh. Tietz	100	7,00	6,75	6,75	6,75
Türk. Tabak		—	—	—	—
Union Gießerei	125	13,50	—	13,00	14,00
Verein Bern Wessel	70	2,50	2,60	2,50	2,50
Vogtl. Tel. Br	60	3,25	3,20	3,10

EINHEITS-KURSE

Ohne Gewähr.

Milliarden Prozent

che Staatsanleihen.

Zs	heut.	vor.
0	4200	4200
0	4200	4200
0	4200	4200
—	—	—
—	—	—
—	—	—

Nachtrag zur Morgen-Expreß-Ausgabe des Berliner Tageblatts

Gelegentlich der britischen Reichskonferenz in London kam es zu einem Gedankenaustausch zwischen Vertretern der Reichsregierung und General Smuts über Regelung der **Staatsangehörigkeitsfrage für die in Südwestafrika lebenden Deutschen.** Das Ergebnis der Besprechungen ist in einem Memorandum niedergelegt und in einem Schriftwechsel zwischen den deutschen Vertretern und General Smuts. Es geht daraus hervor, daß für die südwestafrikanischen Deutschen eine Reihe von wichtigen Zugeständnissen erreicht wurden, so bezüglich der deutschen Sprache, der deutschen Schulen, der Vertretung im Vorstand und hinsichtlich des Militärdienstes. Diese Zugeständnisse werden den Südwestafrikadeutschen zuteil, ohne daß sie ihre Reichsangehörigkeit aufgeben müssen.

*

Der Besuch des belgischen Ministers Jaspar bei Poincaré hat nach Meldungen französischer Blätter der **pfälzischen Autonomiefrage** gegolten. Aus Andeutungen geht hervor, daß Poincaré in der Behandlung der Pfälzer Frage von der Meinung MacDonalds gar nicht so sehr abweicht, und man erwartet einen Abbau der Methoden des Generals de Metz.

Die **Spardebatte in der französischen Kammer** brachte gestern die Ablehnung mehrerer Anträge auf Vertagung, nachdem Poincaré erklärt hatte, die Regierung lehne jeden Vorschlag einer Vertagung ab. Cachin begründete als Ursache des Franckensturzes den Kampf Frankreichs des Auslandes gegen die Regierung Poincaré. Es gebe nur eine Rettung vor dem drohenden finanziellen Ruin: die Wiedergewinnung des Ruhrgebietes, dessen Besetzung nichts einbringe, aber von Jahr zu Jahr mehr kosten würde.

*

New-York, 28. Januar. (Privat-Funkspruch.) **Berlin Schlußkurs 23½ c. Geld** (23¼), 23¾ c. Brief (23½), höchster und niedrigster Kurs 23½ c., Baumwolle fest, loko 33,45 (33,55), per Februar 32,90—32,90 (33,05 bis 33,05), per März 33,12—33,15 (33,21 bis 33,26), per Mai 33,43—33,45 (33,47—33,50), per Juli 32,16—32,20 (32,25—32,25). Schmalz prime Western 12,30 (12,62½), Talg extra lose 8½ (8⅝), Petroleum in Cases 17,15 (17,15), in Tanks 7,00 (7,00).

Dollarparität für den New-Yorker Markkurs: 4,255 319 Billionen Brief, 4,210 323 Billionen Geld.

*

Berliner Handels-Register.

Abteilung B.:

Deutsche Bronze-Metall-Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Am Karlsbad 2. Grundk.: 20 000 000 M. — Deutscher Gemeinnütziger Rückversicherungs-Verband Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Bernburger Str. 14. Grundk.: 1 000 000 000 Mark. — Karl Schwantz Gummiwerk Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Müllerstr. 170b. Grundk.: 50 000 000 M. — Ost-West-Reederei Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Bülowstr. 5a. Grundk.: 1 010 000 000 000 000 M. — Neue Chemische Industrie, Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Bildhauerstr. 35. Grundk.: 10 000 000 Mark. — Polarkran, Versicherungs-Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Taubenstr. 35. Grundk.: 500 Millionen M. — G. A. Steiner Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Große Frankfurter Str. 13. Grundk.: 100 000 000 M. — Julius Schafer Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Lichtenberg, Frankfurter Allee 112. Grundk.: 33 000 000 M. — Elsässisch-Badische Wollfabriken Akt.-Ges., Berlin, wohin die Firma von Forst (Lausitz) verlegt worden ist; Geschäftsst.: Kronenstr. 60. Grundk.: 27 500 000 M. — „Goldmark" Lebensversicherungsbank Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Schauerstr. 18. Grundk.: 10 000 000 000 Mark. — Kali-Phosphat Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Potsdamer Platz 6. Grundk.: 20 000 000 M. — Karl M. Klein Automobile Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Friedenau, Hauptstraße 81/82. Grundk.: 100 000 000 M. — Martin Guggenheim Fabrik für Beleuchtungsgegenstände Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Ritterstr. 77/78. Grundk.: 50 000 000 M. — Stampf & Manners Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Charlottenburg, Schillerstr. 159. Grundkapital: 100 000 000 M. — Union Maschinenbau- und Röhren-Industrie Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Gitschinerstr. 26. Grundk.: 3 000 000 000 M. — Weichert Metall-Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Friedrichstr. 56/57. Grundk.: 2 000 000 000 000 Mark. — West-Indische Compagnie Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsstelle: Uhlandstraße 45. Grundk.: 1 013 750 000 M. — „Nagag" Berliner Assekuranz-Vereinigung Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Schöneberg, Grundk.: 100 000 000 M. — Gerling-Konzern-Verwaltungs-Akt.-Ges., Berlin, Geschäftsst.: Hohenzollernstraße 61. Grundkapital: 6 000 000 000 000 000 M. —

In dieser Woche offeriere ich meine Spezialität

seidene Damenstrümpfe u. Herrensocken

in prima Qualität zu äusserst billigen Preisen nur an Detaillisten und Warenhäuser

Import! **M. GOLD** Export!

BERLIN C., Klosterstrasse 10.

Radio-Empfänger

Vierröhrenempfänger für den deutschen Rundfunk zugelassen

prompt lieferbar,

höchste Sprachreinheit, größte Reichweite. Der Boghausender Berlin ist mit unserem Empfänger in größter Entfernung hörbar.

Radiopuck G.m.b.H., S. 42, Ritterstr. 94

An die Besitzer von Valutaschuldscheinen

der

Gewerkschaft Wintershall zu Heringen a. d. Werra,
Gewerkschaft Alexandershall zu Berka a. d. Werra,
Gewerkschaft Sachsen-Weimar zu Vacha (Rhön).

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, dass die heute in Zürich stattgehabte Versammlung der schweizerischen Inhaber von Valutaschuldscheinen obiger Gewerkschaften **einstimmig** beschlossen hat, **das Angebot der Kali-Industrie-Aktiengesellschaft in Cassel als absolut unbefriedigend abzulehnen.** Zur Wahrung der Interessen der Gläubiger wurde ein **Schutzkomité** bestellt, bestehend aus den Herren Bankdirektor Bauer (Basel), Bankdirektor Gugenheim (Mülhausen i. E.), Dr. F Kaufmann, Bankier (Basel), L. Silz (Zürich), Bankdirektor Moor (Basel), Dr. P Ronus, Rechtsanwalt und Notar (Basel) und G. Stäche in (Basel).

Das Schutzkomité empfiehlt den Inhabern von Valutascheinen obengenannter Gewerkschaften, das Angebot der Kali Industrie-Aktiengesellschaft **nicht anzunehmen** und ihre Schuldscheine unter Angabe der Nummern beim Unterzeichneten anzumelden, damit ihnen weitere Mitteilungen brieflich zugestellt werden können.

Basel, den 25. Januar 1924.

Namens des Schutzkomités:
Dr. P. Ronus, Rechtsanwalt und Notar,
Rittergasse 21, **Basel.**

Infolge Betriebsumstellung gelangen aus der Einrichtung unseres Werkes die nachstehenden, durchweg sehr gut erhaltenen

Werkzeugmaschinen zum Verkauf:

a) Maschinen für Eisen- und Metallbearbeitung:

Leit- und Zugspindel-Drehbänke:
2 Stück 140/225 × 950 mm
4 „ 235 × 1100 mm

Leitspindel-Drehbänke:
1 Stück 150/275 × 700 mm
1 „ 195/45 × 1150 mm
2 „ 250/370 × 1100 mm

Revolverbänke:
1 Stück 50 mm Spindelbohrg., 450 mm Dreh ∅
1 „ 280 mm Dreh ∅, 190 mm Drehlänge

Gewindeschneidmaschinen:
2 Stück ¼—2"

Bohrmaschinen:
1 Radialbohrmaschine 50 mm Durchmess., 1000 mm Ausladung
2 Schnellbohrmaschinen 22 mm Durchm., 200 mm Ausladung
1 Schnellbohrmaschine 20 mm Durchm., 225 mm Ausladung
1 Schnellbohrmaschine 32 mm Durchm., 355 mm Ausladung
6 Schnellbohrmaschinen 35 mm Durchm., 200 mm Ausladung
1 Tischbohrmaschine 15 mm Durchmess., 145 mm Ausladung

Diverses:
1 Radsatzbank, 730 mm Spitzenhöhe
1 Lufthammer, 175 kg Bärgewicht
1 Materialprüfmaschine, 10000 kg Zugkraft
1 Shapingmaschine, 520 mm Hub
1 Handhebelfräsmasch., Tisch 360×135 mm
1 Horizontalfräsmasch., Tisch 800×230 mm
1 Kaltkreissäge, 510 mm Sägeblatt ∅
2 Bügelsägen, 310 u. 340 mm Sägeblattlänge

Blechbearbeitungsmaschinen:
Abkantmaschine 1020 mm, Blechwalze 1mm Tafelbreite 2,5×850, Blechschere 1×700mm Falzmaschine, Stanze, Blechpanzermaschine

Schleif- und Polierböcke, Schleifsteintröge, Ventilatoren, Zentrifugen, Härteöfen, Feldschmieden, Farbenmischmaschinen, Farbenrolbmaschinen, Schmiedefeuer, Arbeiter-Kontrolluhren, Kleiderschränke

b) Holzbearbeitungs-Maschinen

1 Vollgatter, 750 mm Rahmenweite
1 Horizontalgatter, 1200 mm L. W.

Bandsägen
4 Stück, 750 mm Rollendurchmesser
2 „ 900 mm „

Dicktenhobelmaschinen
1 Stück, 650 mm Hobelbreite
1 „ 800 mm „
1 „ 900 mm „

Abrichthobelmaschinen
1 Stück, 510 mm Hobelbreite
1 „ 600 mm „

Fräsmaschinen
1 Stück Tischgrösse 965 × 980 mm
2 „ „ 1000 × 900 mm
2 „ „ 1100 × 940 mm
1 doppelspindl. Horizontalbohrmaschine
1 Langloch-Bohr- und Stemm-Maschine
1 Dekoupiersäge, 180 mm Schnitthöhe
1 „ 150 mm „
1 fahrbare Pendelsäge, 500 mm Blatt ∅
1 Kreis- und Bandsägen-Schärfmaschine
1 Holzdrehbank, Hobelbänke
1 Cyklon-Anlage

c) Elektromotoren und Dynamomaschinen:

Drehstrommotoren 220/380 Volt.
1, 1½, 2, 2½, 3, 4, 5, 7½, 10, 13, 20, 104 PS.

Drehstrommotoren: 220 Volt 110 Volt
7½ PS 1½ PS

Drehstrommotoren 380 Volt.
3, 5, 10 PS

Drehstrommotor 1500 Volt, 4/44 Amp.

1 Heißdampf-Lokomobile Lanz 95—112 PS., 12 at } mit Planrost-
1 Hochdruck-Lokomobile Wolff 50—70 PS., 7 at } Vorfeuerung
1 Benzol-Lokomotive 30 PS., normalspurig
1 Benzinmotor, 1 Kompressor 1 Tankanlage 20 000 L.
34 normalspurige Güterwagen 10—20 To. Tragkraft
40 qm Eichenholz usw. usw. usw.

Der Verkauf findet statt am **Donnerstag, 31. Januar, Freitag, 1. Februar, und Sonnabend, 2. Februar, von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags** auf unserem Werk in **Golm** bei Werder. Züge von Berlin gehen ab Potsdamer Bahnhof um 9⁵⁰, 10²⁵, 11¹⁵, 12²³ nach Station Wildpark bei Potsdam, wo ein Auto zur Fahrt nach Golm bereitsteht.

Zwischenverkauf des Ganzen oder einzelner Teile bleibt vorbehalten.

Märkische Industrie-Werke G.m.b.H. Golm bei Werder

Expeditions-Aktiengesellschaft in Hamburg
mit eigenen Niederlassungen in Bremen u. England, sowie Vertretung in Nordamerika, **sucht** engere **Geschäftsverbindung**
mit erstklassigen, gleichgerichteten Unternehmungen in Deutschland. Angeb. erb. u. **H. V. 2974** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Hausdruckerei,
bestehend aus kl. Schnellpresse, 3 Tiegelpressen mit Barzahlung u. PS. R.C.G.-Motor u. Wasser, Schneidemaschine, Kronje, 71,5 cm, Handversorgungsmaschine u. Sekretär mit 5 Monaten u. 135 Schriften — alles fabrikneu u. in ordnungsmäßigem Zustande — noch im Betriebe befindlich, wegen Umstellung sofort zu verkaufen. Angeb. an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19, unter **Kobe.**

Wattierleinen
für jede Art Konfektion haben laufend anzubiet. **Frisch & Langer,** Berlinerstraße 35. Merkur 7985.

Goldmark-Bilanzen,
Beglaubigung
Willi Preuss,
Alte Schönhauserstr. 41.
Norden 7319 8824.

Senkrecht-Fräsmaschinen
sehr gut erhalten, Tischgröße 660×220, 900×260 und 1250×350 mm, Fabr. Deckel u. Goldmeister werden billigst abgegeben
„A.W.G." Allgemeine Werkzeug-Maschinen-Gesellschaft A.-G.,
Berlin NO 43, Neue Künstlerstr. 85/86.
Tel.: Amt 6960, 6967.

Herren-Anzüge und Mäntel
in guter Verarbeitung, größere Lagerposten billigst abzugeben.
J. Coper, Herrenkleiderfabrik,
Neue Friedrichstraße 61/64.

Betriebs-Werkstatt
offeriert laufend größere Posten in Damenmänteln, neue Fassons, billigst an Geschäftsfirmen abzugeben.
Schiffmann, Charlottenburg,
Wilmersdorfer Straße 154.

Feldküchen,
Einzelteile, Ersatzteile, sow. Zubehörartikel, Speisen und Getränke 24 Stunden warm haltend, liefern aus Vorrat **Verwertungslager Hildebrandt.**

Kisten
in angefertigten Teilen nach Maßangabe frei Waggon Empfangsstation preiswert
Rottwitz. Holz-Akt.-Ges., Minden i. W.

Großer Posten Küchenmöbel
Ia Qualität
preiswert abzugeben.
Anfragen erbeten an
Brillant-Gasapparat G. m. b. H. München 46,
Lerchenauerstr. 76.

Reizende Bolghäuser
375 M. an m. eingeb. Möbeln, sof. lieferbar. Paderborner Str. 8, Pfalzburg 2294. Mass. Landes 8840.

1 Steppmasch., Singer, 1 Nähmasch., Mansfeld, gut erhalt. verk. Thurand, Köpenickerstr. 121, I.

Treibriemen,
Textil- u. Hanfschläuche, Gelegenheitsfäufe, verkauft A. Baik Inh. Gh. Lehre G. m. b. H. Greifswalderstr. 201.

Zur Verfügung:
pro Waggonladung
dick gesalzener Speck und Bäuche
(ohne Knochen)
von feinen Schweinen).
Schlachtung Dezbr. u. Januar
Adressen an die **N.V. 1 E.V.o., Bus No. 1. Abbattoir, Amsterdam.**
Fernspr. 48651 u. 48566 bis 5 Uhr
Direktor E. v. d. Meer.

Schraubsteine, Gasanzünder, Zünds ste. ind. Art fabriziert Zelo Gesellschaft, Hannover, 39.

S. M. Schwarzbleche
1000/2000 0,75 mm
800/1200 0,8 „
1500/3000 1,25 „
1000/1500 1,5 „
1000/800 1,5 „
1000/2000 1,5 „
1250/2500 1,5 „
1000/2000 2 „
1250/3000 2 „
1250/2500 2 „
1000/2000 2½ „
1500/3000 3 „
in größeren Mengen bel. preiswert a. Lagerverorat abzugeben.
Hanns Frankfurther Berlin NW. 7, Schadowstraße 1b. Fernr. 3033/34.

5000 Stck. Treckfägen,
Marke „Rabmrad",
3½ × 6½ × 36.
8000 Stck. Treckfägen,
Marke „Honsberg"
Gatterfägen, Nr. dick,
Marke „Honsberg",
4½ und 5 Fuß × 7 Zoll
Krahnfägen,
Marke „Honsberg",
5½ Fuß × 11 Zoll
Original steierische Sensen, Syndikatsmarken zu außergewöhnlich günstig. Bedingungen zu verkaufen.
Körner & Siebel,
Berlin W. 50, Geisbergstr. 2.

5 neue Wasserrohrkessel
(Schrägrohrsystem der Deutschen Babcock- und Wilkox-Dampfkesselwerke) für 20 Atm. Ueberdruck, von je 500 qm Heizfläche, etwa 26 qm Rostfläche, mit Ueberhitzer für 325° C. und Treppenrost für Verfeuerung von **Rohbraunkohle ab Fabriklager Oberhausen sofort zu verkaufen.** Angebote erbeten an
„Eintracht" Braunkohlen- u. Brikettfabriken, Welzow N.-L. (Brandenburg).

Einige ll.-Lokomotiven und Brigadewagen
liefert preisgünstig:
Ludwig Bing, Berlin-Ch. 2.

Eier,
ital. balg., feinstes Aeuserbutt offeriert in Zentnermengen frei Waggon Genua
Oetler, Eier-Import, Basel.

Für Wiederverkäufer
Rasier-
Apparat u. Klingen-**Schleif-**
App. u. Messchen **Haarmasch.-Biebischeren**
Oettinger & Hahn, Berlin T 35, Potsdamer Str. 112, Nollend 8688.

Gravie maschine,
System Zeiß-Rude, fast neu, verkaufen **Rudorff & Co. Akt.-Ges.,** Gitschinerstr. 107.

Geschäftskuverts
mit Druck pro 1000 von 3,50 an.
Georg Sichler, Schmidtstraße 24/25.

Feuerzeuge,
Streich, mit Benzinbehälter, erstkl., 15 000 Stck., auch für Reklamezwecke, mit Firmendruck.
Priebel, Berlin, Preußlauer Allee 43. Tel. Alex. 838.

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Halbwollene Gabardinestoffe, zu Regenmänteln geeignet, möglichst Lagerware, **zu kaufen gesucht.** Nur bemusterte Offerten erbeten. **A. Fromm, Neukölln,** Berliner Straße 74.

Zu kaufen gesucht:
Tubenfüllmaschine,
Rillenschneidmaschine für 30 - 50 Ctr.,
Knetmaschine 30—50 „
Tuben-schliess-Maschine,
alles für Handbetrieb, gebraucht, aber in gutem Zustande.
J. Litwack, Berlin W. 30, Martin-Luther-Straße 81

10—12 gebedte **Güterwagen,** 15 Tonnen gesucht.
„Vefa" Remkopf & Hahn G. m. b. H., Berlin SW. 61, Gneisenaustr. 74—79.

Gelegenheitsposten
Strümpfe, Taschent., Handsch. usw. kauf. geg. Kasse. Off. nur schriftl. **Optima G. m. b. H.,** Alexandrinenstr. 82a, S. 14.

Manchester, Pilot, Cord,
Hofenkrisen, Futterstoffe, kauft **Herm. Zucker, Münster i. Wb.**

Getragene
Herrenkleider kauft **Feldman,** Kurfürstenstraße 15. Norden 9084.

Säcke
aller Art, auch ausrangierte und
Sacklumpen,
Manufaktur-, Fleisch-, Tabak-, Woll-Spinnerei-
Emballagen
kaufen laufend jedes Quantum
Grossmann & Würtel,
Berlin-Reinickendorf-Ost,
Fernspr. Reinickendorf 956/34.
Drahtanschrift: Blitzschlade.

Meßpalast Ritterstr. 69 eröffnet.
Demnächst Berlins größte Dauer-Maschinen- und Werkzeug-Ausstellung. — Auskunft über Stände-Vermietung erteilt
Die Meßleitung.